Deutschtum im Ausland

Zeitschrift des Deutschen Ausland-Instituts Stuttgart

Jahrgang 22 | November-Dezember 1939 | Heft 11/12

Die Estlanddeutschen kehren heim

Dem Ruf des Führers aller Deutschen folgend, sind während der letzten Wochen die Estlanddeutschen in das Großdeutsche Reich heimgekehrt. Auch die Umsiedlung der Deutschen aus Lettland ist, wenn dieses Heft erscheint, im wesentlichen abgeschlossen. Ihr schließt sich unmittelbar die Rücksiedlung der Volksdeutschen aus Galizien-Wolhynien und aus der übrigen russischen Interessensphäre des ehemaligen Polen an.

Wir veröffentlichen heute als ersten Beitrag, der zu diesem Umsiedlungsvorgang als einem der größten Ereignisse der jüngsten volksdeutschen Geschichte Stellung nimmt, den letzten Bericht unseres bisherigen Estland-Mitarbeiters.

Der erste Abschnitt der Umsiedlungsaktion des estländischen Deutschtums hat sich im Großen vollzogen. Etwa 12 000 Volksdeutsche aus Estland haben bereits die alte Heimat verlassen, um, dem Ruf des Führers folgend, sich der großen Aufbauarbeit im neuen deutschen Osten zur Verfügung zu stellen. Etwa 1500 deutsche Menschen, vor allem Männer in führenden Stellungen, bleiben noch einige Wochen im Lande, um die Überleitung des immerhin recht ansehnlichen deutschen öffentlichen und privaten Eigentums in die Hände der neuen Treuhandverwaltung zu Ende zu führen.

So steht das estländische Deutschtum nach einer 700jährigen Geschichte, die bestimmt gewesen ist, vor allem durch einen harten Kampf um das Lebensrecht deutscher Menschen in diesem Lande, um die Verteidigung Estlands gegen den Osten, mag dieser Kampf in politischer, militärischer oder geistiger Form vor sich gegangen sein, vor einer Wende, die nur mit den Tagen verglichen werden kann, als Deutsche zum erstenmal den Boden dieses Landes betreten haben.

Trotz schwerster Prüfungen, die dem estländischen Deutschtum seit etwa der Mitte des vorigen Jahrhunderts im Zuge der Russifizierung, der russischen Revolution, der Agrarrevolution 1919/20 auferlegt worden sind und zu einem schweren Verlust an Zahl und wirtschaftlicher Stellung geführt hatten, hätte die deutsche Volksgruppe in Estland, ihrer Tradition treubleibend, ihre jahrhundertealten Aufgaben auch weiterhin erfüllt, und, falls es sein sollte, auch mit der Waffe in der Hand, wenn sie der Ruf des Führers nicht zu neuer Arbeit abberufen hätte.

Schreiber dieser Zeilen ist Zeuge der umstürzenden Ereignisse und der diesbezüglichen Verhandlungen gewesen, die in den entscheidenden Oktobertagen dieses Jahres in Estland geführt worden sind. Er hat teilhaben können an den tiefernsten Besprechungen, die die Durchführung des Rufs des Führers technisch in die Wege leiten sollten. Unvergeßlich sind ihm zwei Zusammenkünfte geblieben, die am Sonntag, den 8. Oktober, stattfanden, nachdem am Sonnabend vorher die endgültige Fassung des Rufs des Führers aus dem Reich übermittelt worden war. Die erste Versammlung fand in der Deutschen Kulturselbstverwaltung statt, in deren Räumen die Vertrauensleute des deutschen Landstandes zusammentraten. Der Führer des Landstandes, der gerade aus dem Reich eingetroffen war, gab den Ruf des Führers in kurzen Worten wieder. Es wurde nur eine tiefernste Frage gestellt, ob dieses wirklich der Wille des Führers sei, daß wir auf die Heimat verzichten müssen; nach der bejahenden Antwort erfolgte keine weitere Frage mehr. Ernst und gefaßt wurde dann in kürzester Zeit der technische Plan für die Umsiedlung des Landstandes beschlossen.

Dasselbe Bild eine Stunde später im altehrwürdigen Schwarzhäupterhause zu Reval. Die Vertreter des städtischen Deutschtums waren dort zusammengetreten. Auch hier ein stillschweigendes einheitliches Eintreten für den Ruf, der an uns ergangen war. Auch hier, ohne jede Debatte, das sofortige Herantreten an die praktische Arbeit.

Und diese einheitliche, disziplinierte Stellungnahme ist kennzeichnend gewesen für die ganze Arbeit, die von der deutschen Volksgruppe zur Durchführung der Umsiedlung geleistet worden ist. Aus eigener Kraft hat die estländische deutsche Volksgruppe, soweit die Umsiedlung in Estland selbst vorwärtsgetrieben werden konnte, diese organisiert und durchgeführt. Aus dem Nichts mußten die gesamten Organisationen hierzu in kürzester Frist aus dem Boden gestampft werden, Organisationen, welche die Erfassung jedes einzelnen Volksgenossen, seine Betreuung, Beratung und schließlich seinen Abtransport mit seiner beweglichen Habe in kürzester Zeit durchführen mußten. Diese Arbeit ist so schlagartig durchgeführt worden, daß von estländischer Seite nachher der Annahme Ausdruck gegeben wurde, die entsprechenden Organisationen seien von langer Hand aus vorbereitet gewesen, ein derartiges Werk hätte so reibungslos und diszipliniert unmöglich durch eine improvisierte Arbeit durchgeführt werden können.

So hat die deutsche Volksgruppe in Estland auch in dieser seelisch so schweren Zeit ihren Mann gestanden. Nur dem Ruf des Führers folgend, verlassen wir dieses Land, nachdem es uns unter den obwaltenden Umständen nicht möglich gewesen ist, unsere Heimat bis zum letzten zu verteidigen, wie wir dieses in den schweren Jahren 1918 bis 1920 getan haben. Unser damaliges freiwilliges Baltenregiment ist die einzige volksdeutsche militärische Abteilung gewesen, die ohne Rückhalt von einem geschlossenen deutschen Volksboden aus, wie in Kärnten, oder gestützt von militärischen Formationen vom Reich aus, wie die Baltische Landeswehr in Lettland, den Kampf um das Heimatrecht geführt hat.

Es wird niemand wunder nehmen, daß es der deutschen Volksgruppe in Estland nicht leicht gefallen ist, die Heimat zu verlassen. Denn der Deutsche in Estland war in stärkstem Maße heimat- und bodenverbunden, er war gewohnt an einen Kampf um seine Existenz und um seine deutsche Kultur unter Verhältnissen, die ihm tägliche Angriffe und Bedrohungen brachten. Um so stärker muß er daher am Lande hängen. Aber wir glauben, daß diese Heimatgebundenheit, die es heute so vielen schwer macht, aus der alten Heimat zu scheiden, eine der großen Kräfte sein wird, die es der deutschen Volksgruppe in Estland

ermöglicht, ihre Aufgaben im neuen Siedlungsraum auch wirklich durchzuführen. Denn der Deutsche aus dem baltischen Kampfgebiet wird auch im neuen Lande seinen Fuß fest auf die neue Heimaterde setzen. Er wird mit allen Kräften sich auch dort für sein Deutschtum einsetzen und sein Land, soweit es in seiner Kraft steht, zu verteidigen wissen. Der Baltendeutsche wird, ebenso wie er es im fernen Nordosten getan hat, auch im neuen deutschen Osten die Vorpostenstellung beziehen, an die er durch Jahrhunderte hindurch gewohnt gewesen ist.

Die Baltendeutschen sind keine Flüchtlinge, die ihre Aufgabe im Stich gelassen haben, wenn sie den Boden des Reiches betraten. Sie wissen, daß sie Soldaten des Führers sind, die ihrer bisherigen Aufgaben entbunden worden sind, um zu neuen berufen zu werden. Und wenn der Blick auch umflort ist, der beim Abschied über die Heimaterde gleitet, so können wir unseren neuen Weg doch im Bewußtsein dessen beginnen, daß wir in diesem Lande bis zuletzt dem Vermächtnis unserer Väter treugeblieben sind. Ohne Überhebung können wir sagen, daß Estland durch unseren Abzug wohl die stabilste Kraft in politischer, wirtschaftlicher und sittlicher Beziehung verliert. Waren wir doch Bürgen und Sinnbild zugleich dafür, daß Estland zum europäischen und nicht zum asiatischen Kulturkreis gehört. Und wenn wir zum Abschied unser Auge über die äußere Art der Baudenkmäler dieses Landes schweifen und in die inneren Formen seines wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufbaues eindringen lassen, dann werden wir erkennen, welche bleibenden und nachhaltigen Spuren die 700 Jahre der Geschichte deutschen Volkstums in Estland hinterlassen haben. Wir sind die letzten, die unsere Geschichte und die Arbeit unserer Vorfahren und unser eigenes Handeln beschönigen wollen. Dies Land hat immer in einem Kreuzungspunkt der verschiedensten Kräfte gestanden. Es war ein harter Menschenschlag, der sich allein hier halten konnte. Und die Schule, die das estnische Volk unter deutscher Führung durchgemacht hat, ist gewiß nicht immer eine leichte gewesen.

Aber wir wissen auch, daß gerade diese deutsche Schule und die Arbeit des deutschen Menschen im Lande dazu geführt haben, daß Estland durch sieben Jahrhunderte hindurch vor einem Absinken im weiten östlichen Meer bewahrt werden konnte und daß seine Lebensformen heute wirklich europäisch sind. Es ist nicht Überschätzung der Rolle und der Taten des eigenen Volkstums und wahrlich kein Hochmut, der aus der Feststellung dieser Tatsachen spricht. Sondern es ist die nüchterne Erkenntnis aus den Lehren der Geschichte dieses Landes und einer Prüfung der heutigen Lage auf Grund der wirklich gegebenen Umstände, die wir hier zusammengefaßt haben.

Daß das Deutschtum in Estland bis zuletzt in diesem Lande einen viel stärkeren Einfluß gehabt hat, als man auf Grund seiner Zahl und seiner Abdrängung von politischen Entscheidungen in den letzten zwanzig Jahren anzunehmen geneigt ist, kann aus der einfachen Tatsache ersehen werden, daß mit den Deutschen zugleich auch viele Menschen die alte Heimat verlassen, die nicht rein deutschen Blutes sind und doch die Anziehungskraft des deutschen Volkstums so stark empfinden, daß sie mit uns gehen.

Wenn wir aus diesem Lande scheiden, so tun wir es mit einem heißen Dank im Herzen für unsere alte Heimat, in der wir geboren sind und an der wir hängen. Auch dem estnischen Volk, dem gegenüber wir uns nie als Feinde, sondern vielmehr als Freunde gefühlt haben, werden wir alles Gute wünschen.

Wir wissen, daß wir in eine harte Aufbauarbeit hineingestellt werden sollen, die nur mit Anspannung aller Kräfte gelöst werden kann. Wir wissen, daß wir in einem Gebiet härtesten Volkskampfes zu neuer Arbeit angesetzt werden sollen.

Aber wir wissen auch, daß zum erstenmal in unserer Geschichte wir die anvertrauten Aufgaben weiter durchführen können, wobei das geeinte deutsche Volk und Großdeutschland hinter uns stehen. Wenn wir bisher, vor allem nur auf die eigene Kraft vertrauend, unseren Platz behauptet haben, so werden wir uns nun eingliedern in den neuen Heerbann Großdeutschlands, der mit Pflug und Schwert den deutschen Osten endgültig für Großdeutschland sichern soll.

Axel de Vries.

Dr. Karl Roos †

Unter den Märtyrern der Volkstumsidee und den Verteidigern des volksdeutschen Gedankens wird man künftighin in Ehren auch den Namen des Elsässers Dr. Karl Roos nennen, der am 28. Oktober 1939 in Nancy als Opfer des schändlichen Urteils eines französischen Kriegsgerichts sein Leben unter den Kugeln eines Erschießungskommandos endete.

Der am 7. September 1878 im unterelsässischen Orte Surburg geborene spätere Pädagoge war erst nach dem Weltkrieg in die politische Arena eingetreten. In klarer Erkenntnis der verhängnisvollen Folgen des Kampfes Frankreichs um die „Assimilation" seines nach dem deutschen Zusammenbruch vom Herbst 1918 zum zweiten Male unter französische Herrschaft gekommenen deutschsprachigen Heimatlandes hatte er sich der jungen „heimatrechtlichen" Bewegung angeschlossen. Als zu Pfingsten 1926 in Straßburg der überparteiliche und überkonfessionelle „Elsaß-Lothringische Heimatbund" mit seinem berühmten Aufruf „An alle heimattreuen Elsaß-Lothringer" vor die Weltöffentlichkeit trat, erschien unter den hundert Unterzeichnern dieses ersten autonomistischen Manifests auch der damals noch unbekannte Dr. Roos. Dieser übernahm die Stelle eines Landessekretärs des Heimatbundes. Als die französische Polizei und Justiz 1927 nach dem Fehlschlag anderer Kampfmethoden beauftragt wurde, die führenden Männer des Autonomismus unter Anklage des „Komplotts gegen die Sicherheit des Staates" zu stellen, entzog sich Dr. Roos im Auftrage seiner Freunde gemeinsam mit einigen anderen Vertretern des Heimatgedankens dem Zugriff der politischen Polizei, um vom Boden der Schweiz aus den aufklärenden Verteidigungskampf weiterzuführen. Damals entstand und erschien eine Schrift „Politik und Gewaltpolitik in Elsaß-Lothringen", eine dokumentarisch reichbelegte Rechtfertigung der autonomistischen Ziele, Forderungen und Anklagen. Im Anschluß an den großen Colmarer Prozeß vom Mai 1928 wurde Dr. Roos im Abwesenheitsverfahren zu langjähriger Freiheitsstrafe verurteilt. Er stellte sich jedoch am 10. November 1928 freiwillig der französischen Justiz, nachdem er zuvor heimlich über die Grenze in seine Heimat zurückgekehrt war und in öffentlicher Volksversammlung zu Straßburg hatte sprechen können. Er zwang durch seine überraschende Rückkehr die französische Justiz, das Verfahren gegen ihn und den Autonomismus überhaupt ein zweitesmal durchzuführen. Inzwischen hatten zahlreiche Volkskundgebungen, politische Wahlen, Pariser Parlamentsdebatten usw. die tiefe Verwurzelung der heimattreuen Idee im elsaß-lothringischen Volke deutlich erwiesen. Frankreich konnte es nicht wagen, im Elsaß einen zweiten Komplottprozeß durchzuführen; es verlegte daher das Verfahren in

ein benachbartes binnenfranzösisches Departement: Vor dem Schwurgericht von Besançon verteidigte Dr. K. Roos seine Ideen und die Rechte des elsaß-lothringischen Volkes. Wieder wie zuvor in Colmar bekundeten namhafte Elsässer und Lothringer des politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens die Überzeugung von der Ehrlichkeit des Kampfes der Autonomisten und zumal von Dr. Roos. Die Geschworenen von Besançon sprachen ihn nach zwölftägiger Verhandlung am 22. Juni 1929 einstimmig frei. In einem Telegramm an die Regierung Poincaré forderten sie diese auf, den Freispruch zum Ausgangspunkt einer neuen Elsaß-Lothringen-Politik zu machen.

Diese Mahnung blieb ungehört, wenn auch Frankreich nunmehr Zurückhaltung übte und seinen Kampf gegen die Autonomistenforderung auf anderen Wegen und mit anderen Mitteln fortführte. Die Organe der französischen Elsaß-Propaganda und die Linksparteien fanden in diesem Kampf neue Argumente, als im Reich der Nationalsozialismus die Macht errungen hatte und die Fesseln des Versailler Diktats abzustreifen begann. Obwohl die neue Führung des Reiches in den folgenden Jahren Frankreich immer wieder versicherte, daß ihm gegenüber keine Territorialforderungen mehr erhoben würden, sollte das französische Volk in den Verteidigern des Rechtes auf die deutsche Muttersprache in Elsaß-Lothringen und der übrigen „Heimatrechte" nichts anderes sehen als verkappte „Nazi-Agenten" und „Goebbels-Stipendiaten", die dazu bestimmt und dafür bezahlt seien, den Boden für eine künftige Aufrollung der elsaß-lothringischen Frage zu bereiten!

Diese Verleumdungen verdichteten sich immer mehr zur Anklage landesverräterischer Umtriebe, als welche nun selbst das harmloseste Eintreten für die Gleichberechtigung der deutschen Landessprache mit dem Französischen, ja sogar die Herausgabe einer kulturellen Zeitschrift vom Range der „Straßburger Monatshefte" gelten sollten.

Dr. Roos, der nach seinem Freispruch zeitweise dem Generalrat (Bezirkstag) des Unterelsaß und bis zuletzt dem Straßburger Gemeinderat angehörte, hatte in den letzten Jahren sich besonders für die kulturellen und Sprachforderungen eingesetzt. Die Gründung eines „Elsässischen Volksbildungsvereins" war sein Werk. In zwei seiner Vortragsabende sprach er als besonders gründlicher Kenner über die elsässische Mundart. Die Feinde der Autonomisten höhnten, daß Dr. Roos diese verlassen wolle, — aber sie griffen auf ihre alten Hetzargumente zurück, als er in den ersten Februartagen 1939 nach mehrtägiger Vernehmung verhaftet, der Militärgerichtsbarkeit zur Verfügung gestellt und nach Nancy überführt wurde. Da bei Dr. Roos und einigen gleichzeitig und später verhafteten Elsässern Angriffe auf die Landesverteidigung vorliegen sollten, durfte die Presse keine Mitteilungen über das Verfahren bringen und ihre Kritik und Zweifel nur mit äußerster Vorsicht ausdrücken. Dr. Roos' Freunde hofften aber, im künftigen Gerichtsverfahren für die Wahrheit zeugen zu können.

Bei Ausbruch des Krieges, sieben Monate nach der Verhaftung des Autonomistenführers, war dieses Verfahren noch immer nicht durchgeführt. Unter Kriegsrecht wurde Ende Oktober hinter verschlossenen Türen nach kurzer Verhandlung das Urteil gefällt. Es lautete gegen Dr. Roos und einen elsässischen Soldaten Lobstein auf Todesstrafe; einige andere Elsässer erhielten mehrjährige Zuchthausstrafen. Die Hoffnung, daß der Präsident der französischen Republik wenigstens die Vollstreckung des Urteils im Gnadenwege verhindern werde, erfüllte sich nicht. Bereits am Morgen nach dem Urteil,

in der Frühe des 28. Oktober 1939, wurden die beiden Elsässer standrechtlich erschossen.

Elsaß-Lothringen hat gegenwärtig keine Möglichkeit, der Erbitterung und Empörung über dieses ungeheuerliche Urteil und über die Tatsache seiner Vollstreckung Ausdruck zu geben. Aber Frankreich muß damit rechnen, daß der Kampf Elsaß-Lothringens um sein Recht nach dem Krieg unter dem blutigen, unauslöschlichen Schatten von Nancy stehen wird. Und die Welt, die bei der Nachricht von der Erschießung zweier Elsässer wegen angeblichen Landesverrats zu Deutschlands Gunsten einen Augenblick aufhorchte, wird in ruhigen Zeiten erkennen, daß mit dem 28. Oktober 1939 etwas Neues im elsaß-lothringischen Lebenskampf eingetreten ist.

Dr. Roos war kein „deutscher Agent". Er stand gewiß nicht im deutschen Solde. Er erstrebte seine Ziele in unbedingter Loyalität gegenüber Frankreich. Aber er führte den Kampf um die Rechte seiner Heimat im klaren Bekenntnis zu ihrem volkhaft-kulturellen Deutschtum und in der Überzeugung, daß es Recht, Pflicht und Aufgabe des elsaß-lothringischen Volkes ist, sich gegen die ihm von Paris zugemutete Entwurzelung und Überfremdung zur Wehr zu setzen. In diesem Sinne gehört auch der Elsäßer Dr. Karl Roos zu unseren Toten, den für deutsche Volkstumsrechte gefallenen Männern. K. Br.

Stadt und Land im Donaudeutschtum Jugoslawiens

Das Problem Stadt und Land spielt in fast allen deutschen Volksgruppen eine bedeutsame, von der Forschung wie von der praktischen Sozialarbeit bisher viel zu wenig beachtete Rolle. Deswegen haben wir Johann Wüscht, den führenden Sozialpolitiker und Volkstumsstatistiker der deutschen Volksgruppe in Jugoslawien, gebeten, diesen Fragenbereich erstmalig für das Deutschtum der Wojwodina zu untersuchen. Wüscht ist es gewesen, der vor kurzem die ersten Anzeichen einer biologischen Erneuerung im bäuerlichen Donaudeutschtum Jugoslawiens nachgewiesen hat. Die Schriftleitung

Die moderne landeskundliche Forschung hat herausgestellt, wie von den ersten Anfängen der neuen Zeitrechnung bis zum heutigen Tage in dem von Alpen, Karpaten und Dinaren umschlossenen Raum eine Stetigkeit deutscher Siedlungen — wenn auch nicht in gleicher Stärke und Ausdehnung — nachweisbar ist. Für den Süden und Südosten dieses Gebiets insbesondere haben die Banater Historiker J. H. Schwicker und Felix Milleker das Material zusammengetragen, aus dem der deutsche Anteil an dem Aufbau der Städte, an der Kultur des Landes hervorgeht. Freilich sind die deutschen Städte und Siedlungen des Mittelalters im Rückgange, haben viele ihren ursprünglich deutschen Charakter verloren. Der heutige bevölkerungsmäßige Zustand dieses Landes ist erst in österreichischer Zeit entstanden; die Neubesiedlung der Wojwodina mit neuen Menschen beginnt also tatsächlich erst im letzten Jahrzehnt des 17. Jahrhunderts. Die ersten deutschen Ansiedler im Banat finden wir 1703. Bedeutend älter als die deutschen bäuerlichen Siedlungen unter Maria Theresia (1749—1779) und unter Josef II. (1780—1787) sind die deutschen Niederlassungen in den Städten. Die in Neusatz z. B. fallen zeitlich zusammen mit der Gründung der serbischen Donau-

Zahl der Deutschen in den Städten der Wojwodina

Städte	Grundzahlen							Prozentsätze						
	Jahre							Jahre						
	1857	1880	1890	1900	1910	1921	1931	1857	1880	1890	1900	1910	1921	1931
Subotica — Maria-Theresiopel	1 213	1 534	1 898	1 822	1 913	2 475	1 961	2,3	2,5	2,6	2,1	2,2	2,7	1,9
Neusatz — Novisad	5 069	5 353	5 996	6 483	5 918	6 486	6 823	36,1	25,1	24,3	21,8	17,6	16,6	8,9
Sombor	5 163	2 815	2 676	2 564	3 181	2 996	2 602	22,9	11,4	10,1	8,1	7,1	9,6	8,0
Alt-Kanischa — St. Kanjiža . .	—	85	74	67	28	94	13	—	0,6	0,5	0,4	0,1	0,5	0,0
Senta	—	468	362	245	177	310	200	—	2,2	1,4	0,9	0,6	0,6	0,6
Werschetz — Vršac	8 360	12 839	12 154	13 387	13 556	13 244	11 926	45,9	57,5	55,6	53,5	49,6	49,0	40,8
Pantschowa — Pančevo . . .	3 727	6 577	7 284	7 434	7 388	7 255	7 919	31,0	38,4	40,6	39,8	36,6	37,4	35,9
Weißkirchen — Belacrkva . .	4 552	6 825	6 040	6 245	6 062	5 194	5 094	73,0	69,4	66,8	62,8	52,6	53,8	52,7
Groß-Betschkerek — Petrovgrad	4 853	6 597	7 874	8 055	6 682	7 888	7 514	29,7	33,8	35,9	30,6	26,2	22,4	21,4
Groß-Kikinda — Vel. Kikinda .	—	4 732	5 719	6 442	5 838	5 774	5 904	—	23,8	25,1	26,2	22,1	28,7	19,2
	—	47 825	50 077	52 744	49 743	51 716	49 956							

Militärgrenze im Jahre 1702. Seit 1717 siedelte die Wiener Regierung an die südlichen Verkehrsstellen neben der Donau überall deutsche Handwerker- und Kaufmannsfamilien an. Im Jahre 1717 zählte Belgrad neben 465 serbischen Einwohnern bzw. Familien schon 459 deutsche Familien mit einem eigenen Bürgermeister; 1726 erhielt die „Deutschenstadt" sogar ein vierklassiges Gymnasium. Die Städte Vukovar, Osijek, Ilok weisen schon in ihren ersten Anfängen nach der Türkenherrschaft deutsche Kolonisten auf.

Im Rahmen dieses Aufsatzes aber interessieren uns bloß jene Städte, die nach dem Weltkriege Jugoslawien zugefallen sind und im deutschen Hauptsiedlungsgebiete, in der Wojwodina: der Batschka, dem Banate und der Baranja liegen. Diese sind aus Tafel 1 Seite 601 zu ersehen.

Die Stadt Pančevo fällt nach der Neueinteilung des Staates der Hauptstadt Belgrad zu und kommt daher in unseren weiteren Ausführungen nicht in Betracht. Wir werden also über die Bevölkerungsbewegung von 42 037 Seelen zu berichten haben, die als deutsche Stadtbevölkerung in diesen Städten die Mehr- bzw. Minderheit bilden.

Die Ergebnisse der Volkszählung von 1931 nach der Volkszugehörigkeit wurden bisher merkwürdigerweise amtlich noch nicht veröffentlicht. Mit deutscher Muttersprache wurden im Jahre 1921 in den Städten 103 416 Seelen amtlich gezählt, d. i. 20,41 v. H. aller Deutschen im Lande (505 790), von denen 42 037 auf die Städte der Wojwodina entfallen.

Ethnographische Verhältnisse

Die kurze kulturelle und wirtschaftliche Entwicklungszeit der Wojwodina von der Türkenbefreiung bis zur Gegenwart läßt die Gegenüberstellung „Stadt und Land" nicht zu dem Problem heranreifen, wie wir es heute in den Weststaaten Europas sehen. Die Städte in der Wojwodina tragen auch heute noch mehr oder weniger bäuerlichen Charakter. Selbst die einzige Stadt dieses Gebietes mit mehr als 100 000 Einwohnern, Subotica, ist vorwiegend eine Bauernstadt und besteht aus einer Reihe von größeren Bauernsiedlungen, die zuweilen auch mehrere Kilometer von der Stadt selbst entfernt liegen. Die Wojwodinaer Stadtbevölkerung stellt keinen besonderen Menschentypus dar, der etwa durch die andersgeartete Umwelt in seiner Denk- und Lebensweise von der Landbevölkerung wesentlich abwiche. Abgesehen von verhältnismäßig wenigen Familien, die schon einige Geschlechter hindurch in der Stadt wohnen, kann man von einer biologischen Stetigkeit der Wojwodinaer Stadtbevölkerung nicht sprechen. Die Wojwodinaer Städte verdanken ihre Bezeichnung als solche weniger dem besonderen städtischen Charakter etwa in westeuropäischem Sinne als vielmehr gewissen Privilegien, die ihnen seinerzeit zugesprochen wurden.

Hinsichtlich der Größe und Einwohnerzahl verteilen sich die zehn Städte des Gebietes wie folgt:

Über 100 000 Einwohner							1
Zwischen 50 000	und	100 000	Einwohnern				2
„ 30 000	„	50 000	„				1
„ 20 000	„	30 000	„				4
Unter 20 000 Einwohnern							2

Nachstehende Tafel gibt uns ein anschauliches Bild über das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Stadt- und Landbevölkerung in unserem Hauptsiedlungsgebiete in einer Gegenüberstellung von Daten aus den Jahren 1910 und 1931.

	Es wohnten			
	auf dem Lande		in der Stadt	
	1910	1931	1910	1931
Serben	311 233	367 709	71 468	121 724
Kathol. Südslawen	28 818	60 345	40 828	71 131
Madjaren	285 094	240 598	145 773	117 919
Deutsche	250 880	261 572	49 743	49 956
Slowaken	43 793	47 050	2 477	3 063
Rumänen	72 349	61 667	4 089	2 591
Juden	—	4 833	—	13 787
Ruthenen	10 411	12 010	373	949
Russen	—	1 577	—	4 130
Andere	11 269	9 723	1 647	4 534
Zusammen	1 013 847	1 067 084	316 398	389 784
	76,23 %	73,24 %	23,72 %	26,76 %

Während nach der Statistik im Jahre 1910 auf die Landbevölkerung 76,23 % der Gesamtbevölkerung entfielen, waren es im Jahre 1931 mit 73,24 % um 3 % weniger. Demgegenüber stieg der städtische Anteil an der Gesamtbevölkerung von 23,72 % im Jahre 1910 auf 26,76 % im Jahre 1931. Die Landbevölkerung vermehrte sich in dieser Zeitspanne um 52 237 Seelen, d. h. um 5,15 %, wogegen der Zuwachs der Stadtbevölkerung mit 73 386 Seelen oder 23,19 % erheblich größer war. Vom Gesamtzuwachs von 1910 bis 1931, der sich auf 125 623 Seelen beziffert, entfielen auf das Land 41,6 % und auf die Stadt 58,4 %. Von der Gesamtzunahme der städtischen Bevölkerung kamen allein auf die Donaustadt Novisad-Neusatz 41 830 Seelen, also weit mehr als die Hälfte der städtischen Zunahme, oder ein Drittel des Gesamtzuwachses in der Wojwodina. Nach Dr. Jojkič sind gemäß der Zählung von 1929 nur 38,4 % der anwesenden Bevölkerung in Novisad geboren, während die restlichen 61,8 % zugewandert sind. Von diesen Zuwanderern entfallen nur 30,4 % auf die Batschka und das Banat. Eine nennenswerte Zunahme (9530 Seelen) weist noch die Stadt Petrovgrad (früher Großbetschkerek) auf, während die anderen Städte keine wesentliche Zunahme erfuhren, eine (Belacrkva—Weißkirchen) ihre Einwohnerzahl sogar verringerte. Es liegt also keine Veranlassung vor, von einer Verstädterung der Wojwodinaer Bevölkerung zu sprechen.

Es dürfte von gewissem Interesse sein, zu wissen, wie groß der prozentuelle Anteil der einzelnen Volksgruppen an der gesamten Stadtbevölkerung der Wojwodina ist; darüber gibt uns nachfolgende Tafel Aufschluß.

Von der gesamten städtischen Bevölkerung entfielen auf die	Jahr	
	1910	1931
	%	%
Serben	22,60	31,23
Kath. Südslawen	12,90	18,25
Madjaren	46,07	30,25
Deutschen	15,72	12,82
Slowaken	0,78	0,79
Rumänen	1,30	0,67
Juden	—	3,53
Anderen	0,63	2,46

Für die Entwicklung des Anteils der einzelnen Volksgruppen an der städtischen Bevölkerung war stets der Umstand maßgebend, welche Nation die Staatsgewalt innehatte: Das Staatsvolk drängte in die Stadt, um von da aus immer weitere Kreise des umliegenden Gebietes in ihrem ethnischen Bestand zu beeinflussen. Der Anteil der Madjaren war vor dem Kriege mit 46,07 % der größte; er sank 1931 indessen auf 30,25 % und überließ die erste Stelle den Südslawen (49,4 %).

Hatten die Südslawen 1910 in zwei Städten (Sombor und Großkikinda) die absolute und in einer (Pančevo) die relative Mehrheit, so besaßen sie 1931 bereits in fünf Städten die absolute Mehrheit, und zwar in Sombor, Subotica, Novisad, Großkikinda und Pančevo, und in zwei Städten (Petrovgrad und Vršac) die relative Mehrheit. Ihr Gesamtgewinn in bezug auf die Mehrheit erfaßte also während dieser Zeit insgesamt vier Städte.

Die Deutschen konnten ihre absolute Mehrheit in der einzigen Stadt Belacrkva-Weißkirchen im Banat in beiden Volkszählungsjahren behaupten, mußten jedoch 1931 ihre früher in Vršac-Werschetz innegehabte relative Mehrheit einbüßen.

Folgende Tafel veranschaulicht die Verteilung der einzelnen Volksgruppen auf Stadt und Land, und zwar auf je 100 Seelen berechnet.

	Von den einzelnen Volksgruppen wohnten			
	auf dem Lande		in der Stadt	
	1910	1931	1910	1931
	%	%	%	%
Serben	81,33	75,13	18,67	24,87
Kath. Südslawen	41,43	45,90	58,57	54,10
Madjaren	66,17	67,11	33,83	32,89
Deutsche	83,46	83,96	16,54	16,04
Slowaken	94,65	93,89	5,35	6,11
Rumänen	94,65	95,96	5,35	4,04
Juden	—	25,96	—	74,04
Ruthenen	96,57	92,67	3,43	7,33
Russen	—	72,46	—	27,54

Von den drei stärksten Volksgruppen zeigt die deutsche den geringsten prozentuellen Anteil an der Stadtbevölkerung, der sich im Jahre 1931 gegenüber 1910 sogar verringerte. Nach dem jüngsten Stande wohnten Deutsche

	auf dem Lande		in der Stadt	
in der Batschka	162 266	das ist 93,3 %	11 599	das ist 6,7 %
„ „ Baranja	16 210	„ „ 100,0 „	—	—
im Banat	83 096	„ „ 68,4 „	38 357	„ „ 31,6 „
	261 572	das ist 84,0 %	49 956	das ist 16,0 %

In den Batschkaer Städten liegt der deutsche Anteil überall unter 10 %, in den Banater Städten bewegt er sich zwischen 22 und 50 %, er scheint aber infolge des starken slawischen Vorstoßes auch da bedroht zu sein. Auch ihre Grundzahlen veränderten sich nur ganz unwesentlich: 1910 wohnten in der Stadt 49 743 Deutsche, 1931 49 956, also fast die gleiche Zahl. Allerdings kann aus diesem Stillstand keineswegs gefolgert werden, daß die Deutschen etwa nicht in die Stadt abwanderten. Tatsache ist vielmehr, daß die in die Stadt abgewanderten Deutschen mit fast unglaublicher Schnelligkeit bis auf diesen kleinen Rest im Madjarentum untergegangen sind, wovon noch heute die vielen ungarischen

Handwerker, Kaufleute, Intellektuellen und Arbeiter mit rein deutschen Namen Zeugen sind. Der blutsmäßige Anteil der Deutschen an der Stadtbevölkerung ist zweifellos weit größer, als aus den obigen Zahlen hervorgeht. Immerhin aber hat auf der anderen Seite der Umstand viel dazu beigetragen, eine bedeutendere Landflucht der Deutschen zu verhindern, daß sie ihre größeren gewerblichen und industriellen Anlagen vorwiegend auf dem Lande selbst entwickelten (Hanfindustrie, Ziegeleien, Mühlen, Maschinenschlossereien u. a. m.).

Bevölkerungsbewegung

Wir wollen nun auf die Schilderung der natürlichen Bevölkerungsbewegung der Deutschen übergehen, soweit uns die notwendigen Angaben zur Verfügung stehen. In der amtlichen jugoslawischen Statistik sind nämlich solche nicht nach der Volkszugehörigkeit ausgewiesen; nicht einmal die Ergebnisse der Volkszählung von 1931 nach der Muttersprache der Bevölkerung sind bisher veröffentlicht worden; außerdem fehlen jegliche Angaben über die Sterbetafeln, Fruchtbarkeitsziffern, Altersgliederung nach Volkszugehörigkeit usw. Unser Bild muß aus diesem Grunde recht mangelhaft sein, zumal private Erhebungen derzeit auf unüberwindbare Schwierigkeiten stoßen.

In den hier folgenden zwei Zahlentafeln zeigen wir 1. die Bevölkerungsbewegung der deutschen Gesamtbevölkerung in der Wojwodina (d. h. Batschka, Baranja, Banat und Syrmien), 2. die der deutschen Stadtbevölkerung in der Wojwodina.

Natürliche Bevölkerungsbewegung der Deutschen in der Wojwodina und in Syrmien

Jahre	Grundzahlen				Auf 1000 Einwohner			
	Eheschließungen	Geburtenzahlen	Sterbezahlen	Geburtenüberschuß	Eheschließungen	Geburtenzahlen	Sterbezahlen	Geburtenüberschuß
1932	3 498	8 531	6 526	2 005	10,2	24,9	19,06	5,85
1933	3 416	7 783	5 776	2 007	10,0	22,7	16,87	5,86
1934	3 123	6 850	5 370	1 480	9,1	20,6	15,68	4,32
1935	2 614	5 999	4 824	1 175	7,6	17,5	14,09	3,43
1936	2 226	4 853	4 198	655	6,5	14,2	12,26	1,91
1937	2 855	5 963	5 506	457	8,2	17,0	15,73	1,30
1938	2 846	6 218	5 216	1 002	8,2	18,0	15,10	2,90

Natürliche Bevölkerungsbewegung der Deutschen in den Städten der Wojwodina

Jahre	Grundzahlen				Auf 1000 Einwohner			
	Eheschließungen	Geburtenzahlen	Sterbezahlen	Geburtenüberschuß	Eheschließungen	Geburtenzahlen	Sterbezahlen	Geburtenüberschuß
1932	333	1 124	1 089	35	7,9	26,8	25,9	0,9
1933	371	1 055	905	150	8,8	25,0	21,6	3,4
1934	302	984	806	178	7,2	23,4	19,2	4,2
1935	248	890	753	137	5,9	21,2	17,9	3,3
1936	324	673	844	— 171	7,7	16,0	20,1	— 4,1
1937	349	655	942	— 287	8,3	15,6	22,4	— 6,8
1938	414	700	953	— 253	9,9	16,7	22,7	— 6,0

Über das Wesen der natürlichen Bevölkerungsbewegung der deutschen Volksgruppe in der Wojwodina haben wir in einem anderen Aufsatze an Hand statistischer Unterlagen folgende Feststellungen gemacht:

1. Der Geburtenrückgang betraf nicht nur die deutsche Volksgruppe, sondern alle Völker dieses Raumes.
2. Der Geburtenrückgang ist bei den Deutschen im Wesentlichen eine Nachkriegserscheinung jüngeren Datums, soweit er tatsächlich die Wurzeln der Lebenskraft zu treffen begonnen hat.
3. Nach Überwindung des Tiefpunktes im Jahre 1936 zeigte sich eine erfreuliche Aufholung der deutschen Gebärkraft.
4. Die deutsche Volksgruppe befindet sich in keinem Verfall ihrer Lebenskräfte, da sie von ihrer ursprünglichen Fruchtbarkeitsbasis, die in der breiten bäuerlichen Grundlage, Siedlungsverhältnissen mit überwiegend kleinen und mittelmäßigen Bildungen und gesundem sozialen Aufbau zum Ausdruck kommt, noch nicht abgewichen ist. Diese Feststellungen scheinen aber in bezug auf die deutsche Stadtbevölkerung nicht zuzutreffen [1]).

Obzwar sich die Zahlen der Eheschließungen, auf 1000 Einwohner berechnet, auf hoher Ebene bewegen, d. h. die Heiratslust der städtischen Deutschen ziemlich groß ist, nehmen die Geburtenzahlen seit 1936 — im Gegensatz zu denen der Landbevölkerung — ganz erheblich ab. Das ist jedenfalls kein gutes Zeichen für ihren biologischen Behauptungswillen.

Dazu einige Worte über die Mischehen, die in der ungarischen Zeit besonders in den Städten von Deutschen eingegangen wurden und zur unglaublich raschen Assimilation der deutschen Stadtbevölkerung führten. Bei den Deutschen, die sich stets in national unterdrückter Lage befanden, hatten die sozialen Aufstiegsmöglichkeiten, die sehr oft durch Eheschließungen mit madjarischen Frauen und Männern zu erreichen waren, immer einen besonderen Reiz gehabt. Außerdem wurde der Deutsche immer zur Achtung und Wertschätzung fremder Volksgüter erzogen, während bei den anderen Völkern in den meisten Fällen eine vernunftmäßig unbegründete Abneigung gegen alles Fremde ein Untergehen im fremden Volke verhinderte. Dieser sich zumeist in den Städten vollziehende Assimilationsprozeß hat nach dem Kriege merklich nachgelassen, und auch die Mischehen verzeichnen bei den Deutschen eine Abnahme, die im steten Sinken ihres Hundertsatzes an der Gesamtzahl der deutschen Eheschließungen zum Ausdruck kommt:

	1903	1904	1905	1937	1938
	10,1	9,5	10,0	7,5	7,5
Männer	3,1	2,7	3,4	2,5	2,9
Frauen	6,6	6,5	6,4	4,8	4,4

Die deutschen Frauen zeigen noch heute viel größere Bereitschaft, mit andersnationalen Männern Ehen zu schließen als die deutschen Männer mit andersnationalen Frauen. Nach den Angaben aus dem Jahre 1937 haben auf unserem Gebiete Mischehen geschlossen:

	Männer	Frauen	Insgesamt
Deutsche	63	113	176
Südslawische	215	27	242
Madjarische	37	182	219

1) Johann Wüscht: Das biologische Bild der Volksgruppen Südslaviens, in: Volkstum im Südosten, Junifolge 1939.

Auffallend ist die große Zahl der südslawischen Männer und die kleine Zahl der südslawischen Frauen, die Mischehen geschlossen haben. Die ersteren sind zumeist Staats- und Gemeindebeamte, die unseren Mädchen auf dem Lande das „Aufsteigen in höhere Gesellschaftsklassen" versprechen, während die südslawischen Frauen sowohl von den deutschen als auch von den madjarischen Männern ausgesprochen gemieden werden.

Für die Verteilung der von den Deutschen eingegangenen Mischehen auf Land und Stadt liegen uns aus dem Jahre 1937 für das Gebiet der Wojwodina (ohne Syrmien) Angaben vor. Nach diesen haben Mischehen geschlossen:

in den Landgemeinden		in den Städten	
Männer	Frauen	Männer	Frauen
62	87	1	26

Auf 100 deutsche Eheschließungen kamen auf dem Lande 6,9 und in den Städten 7,7 Mischehen. Es wäre voreilig, aus den spärlichen Angaben bloß eines Jahres weitgehende Folgerungen zu ziehen; Tatsache ist aber, daß die Mischehen bei den Deutschen eine Abnahme zeigen infolge der bedeutenden rassischen Unterschiede zwischen der deutschen Volksgruppe mit vorwiegend ostisch-nordisch-westischen Blutselementen zu denen aller anderen Völker, bei denen das gemeinsame ostbaltisch-dinarisch-westische Blut vorherrscht, infolge des erwachten völkischen Bewußtseins und nicht zuletzt der fortschreitenden Zusammenschrumpfung des deutschen Akademiker- und Beamtenstandes.

Die deutschen Geburtenzahlen in den Städten nehmen nach den vorliegenden Statistiken seit 1932 ununterbrochen ab, obzwar ihre Verhältniszahlen auf 1000 Einwohner bezogen bis einschließlich 1936 stets höher lagen als die der deutschen Landbevölkerung. Bis 1935 bewegen sich die Geburtenziffern sogar auf einer Höhe, die zur Bestanderhaltung genügend erscheint, trotzdem aber konnten infolge der allzu großen Sterblichkeit keine hinreichenden Überschüsse erzielt werden; seit 1936 gibt es überhaupt keine Überschüsse mehr, sondern nur mehr absolute Verluste. Die deutsche Bevölkerung in den Städten kann ihren Bestand aus eigenen Kräften, durch Reproduktion nicht mehr gewährleisten, dazu kommt noch der Umstand, daß ihr das nationale Hinterland als ständige Blutsquelle fehlt, oder aber dieses Hinterland selbst erschöpft und nicht mehr in der Lage ist, Kräfte zur Verjüngung der deutschen Stadtbevölkerung abzugeben. Wohl aus diesem Grunde dürfte auch der ursprünglich deutsche Charakter der ungarischen Städtegründungen im frühen und späteren Mittelalter verlorengegangen sein. Ein besonders ernstes Bild zeigen die von jeher deutschesten Städte im Banat: die schöne Winzerstadt Vršac-Werschetz und Belacrkva-Weißkirchen an der rumänischen Grenze. Die Zahl der deutschen Geburten in Werschetz betrug in den Jahren

1880	507
1910	453
1930	285
1938 nur noch . . .	100

denen aber schon 209 Todesfälle gegenüberstanden.

Den gleichen Geburtensturz weist auch Weißkirchen auf, dessen Geburtenzahl 1880 noch 243, 1938 jedoch nur mehr — 63 betrug! Die Angaben in den anderen Städten, besonders in jenen mit einer kleineren deutschen Bevölkerung, zeigen vielfach die üblichen Mängel der kleinen Zahlen und wohl auch willkürliche Handlungen der amtlichen Statistik.

Eheschließungen der Deutschen in den Städten der Wojwodina

Städte	Jahre						
	1932	1933	1934	1935	1936	1937	1938
Subotica	12	8	6	10	7	12	41
Neusatz	68	52	51	59	68	83	107
Sombor	61	73	52	36	48	36	50
Alt-Kanischa	17	4	1	7	—	—	—
Senta	17	12	8	7	5	3	5
Werschetz	46	86	47	34	76	75	75
Weißkirchen	32	19	23	17	14	27	29
Groß-Betschkerek	54	65	85	64	66	69	70
Groß-Kikinda	26	52	29	14	40	44	37
Ingesamt	333	371	302	248	324	349	414

Geburtlichkeit bei den Deutschen in den Städten der Wojwodina

Städte	Jahre						
	1932	1933	1934	1935	1936	1937	1938
Subotica	86	47	64	24	34	8	6
Neusatz	233	206	214	158	181	186	202
Sombor	103	143	94	74	126	98	91
Alt-Kanischa	—	—	12	4	—	—	—
Senta	12	12	14	4	4	4	12
Werschetz	221	256	201	182	83	99	100
Weißkirchen	82	84	62	96	38	54	63
Groß-Betschkerek	183	121	187	164	99	102	129
Groß-Kikinda	204	186	136	184	108	104	97
Insgesamt	1 124	1 055	984	890	673	655	700

Sterblichkeit bei den Deutschen in den Städten der Wojwodina

Städte	Jahre						
	1932	1933	1934	1935	1936	1937	1938
Subotica	26	22	17	17	56	83	103
Neusatz	196	184	143	162	183	206	216
Sombor	94	93	81	84	139	133	117
Alt-Kanischa	—	—	—	3	—	—	—
Senta	4	4	2	3	3	3	7
Werschetz	317	236	221	165	198	216	209
Weißkirchen	96	91	84	48	22	89	67
Groß-Betschkerek	193	161	153	147	125	126	132
Groß-Kikinda	163	114	105	124	118	86	102
Insgesamt	1 089	905	806	753	844	942	953

Geburtenüberschuß bei den Deutschen in den Städten der Wojwodina

Städte	Jahre						
	1932	1933	1934	1935	1936	1937	1938
Subotica	60	25	47	7	— 22	— 75	— 97
Neusatz	37	22	71	— 4	— 2	— 20	— 14
Sombor	9	50	13	— 10	— 13	— 35	— 26
Alt-Kanischa	—	—	12	1	—	—	—
Senta	8	8	12	1	1	1	5
Werschetz	— 96	20	— 20	17	— 115	— 117	— 109
Weißkirchen	— 14	— 7	— 22	48	16	— 35	— 4
Groß-Betschkerek	— 10	— 40	34	17	— 26	— 24	— 3
Groß-Kikinda	41	72	31	60	— 10	18	— 5
Insgesamt	35	150	178	137	— 171	— 287	— 253

Besser als die bloße Gegenüberstellung der deutschen Stadtbevölkerung, die nur einen Bruchteil der gesamten deutschen Wohnbevölkerung des Gebietes ausmacht gegenüber den ländlichen Verhältnissen zeigt uns die natürliche Bewegung des deutschen Volksteiles in den einzelnen Gemeindegrößenklassen die bevölkerungspolitische Lage der deutschen Volksgruppe. Die Angaben dazu erhalten wir wieder aus dem Jahre 1937, das für die Volksgruppe insofern eine Bedeutung hat, als gerade in diesem Jahre, nach einer lange andauernden Abwärtsbewegung, nun wieder eine kräftige Aufholung der Geburtenzahlen erfolgte. Der Geburtenzuwachs ist im Vergleich mit den Geburtenzahlen von 1936, dem Jahre des biologischen Tiefpunktes, sehr bedeutend: 1937 22,8 % und 1938 28,14 %!

In der ersten Rubrik der nachfolgenden Zahlentafel sind die Größenklassen der Siedlungen angegeben und in der zweiten die Zahl der Deutschen, die in diesen Siedlungen wohnen.

Natürliche Bevölkerungsbewegung der Deutschen in den einzelnen Gemeindegrößenklassen

Klasse	Zahl der Gemeinden	Zahl der Bevölkerung		Eheschließungen		Geburten		Todesfälle		Geburtenüberschuß	
		Grundzahl	‰	Grundzahl	‰	Grundzahl	‰	Grundzahl	‰	Grundzahl	‰
Verstreut		7 127	2,3	75	10,5	187	26,2	176	23,3	11	2,9
0— 2 000	46	34 309	11,3	320	9,3	531	15,5	545	15,9	— 14	—0,4
2 000— 4 000	65	97 735	32,2	805	8,6	1 691	17,3	1 518	15,5	173	1,8
4 000— 6 000	29	67 005	22,1	543	8,1	1 239	18,5	1 008	15,0	231	3,5
6 000— 8 000	6	17 996	5,9	154	8,5	294	16,3	264	14,7	30	1,6
8 000—10 000	5	17 948	5,9	161	9,0	332	18,5	250	13,9	82	4,6
über 10 000	6	19 452	6,4	147	7,6	259	13,3	284	14,6	— 25	—1,3
Städte	9	42 037	13,9	349	8,3	655	15,6	942	22,4	— 287	—6,8
Insgesamt	166	303 609	100,0	2 554	8,4	5 188	17,1	4 987	16,4	201	0,7

Aus diesem Ausweise geht hervor, daß die bevölkerungspolitische Lage in den Städten und in den kleinsten Siedlungen mit unter 2000 Einwohnern und in den größten mit über 10 000 Einwohnern, die zusammen fast ein Drittel (31,6 %) der deutschen Gesamtbevölkerung des Gebietes ausmachen, am schlechtesten ist. Diese Volksteile scheinen in ihrem biologischen Bestande sehr ernst bedroht zu sein. Dagegen halten sich die Gemeinden mit 2000 bis 4000 und 4000 bis 6000 Einwohnern verhältnismäßig gut, und in diesen Siedlungen wohnen 54,3 % der Wojwodinaer deutschen Bevölkerung. Wir wollen uns die ausführliche Auswertung dieser statistischen Ermittlungen für eine andere Arbeit vorbehalten.

*

Wir haben an einer anderen Stelle die Gemeinden mit einer Seelenzahl von 2000 bis 4000 und 4000 bis 6000 als den vorherrschenden Siedlungstyp in der Wojwodina, unserem Hauptsiedlungsgebiete, bezeichnet. In diesen Gemeinden wohnen 41 % aller Südslawen, 21 % aller Madjaren und 54,1 % aller Deutschen, die also den größten Hundertsatz haben. In den Städten und Großgemeinden mit über 10 000 Seelen wohnen: 39,3 % aller Südslawen, 54,4 % aller Madjaren und nur 20,3 % aller Deutschen, die hier den geringsten Hundertsatz haben. Um das Bild vollständiger zu machen, muß noch der Prozentsatz der einzelnen Volksgruppen in den Gemeinden mit unter 2000 Einwohnern angeführt werden. Dieser beträgt bei den Südslawen 7,8, den Madjaren 7,7 und den Deutschen 11,3 %. Der größte Anteil ist wieder der deutsche.

Aus diesen Zahlen kann gefolgert werden, daß die Südslawen und Madjaren große Neigung zeigen, in die Städte und Großgemeinden abzuwandern, und keine Fähigkeit besitzen, sich auf dem Lande auszubreiten. Der Menschenüberschuß ihrer Gemeinden zieht sich in die Städte, anstatt neue Siedlungen zu gründen. Der sehr starke Prozentsatz der deutschen Bevölkerung in den mittelmäßigen und kleinen Bildungen dagegen ist ein Beweis für ihre besondere Expansionsfähigkeit auf dem Lande. Sie erhielten bei der Ansiedlung als Ackerbauern die kleinsten Gemarkungen zugewiesen. Die rasche Erschöpfung der Tragfähigkeit infolge ihrer ungemein starken Fortpflanzungskraft mußte auf dem engen Boden recht bald eine Überbevölkerung verursachen; da ihnen noch dazu der Weg zur Städtebildung erschwert war und sie als nationale Minderheiten nur in beschränktem Maße die Möglichkeit hatten, geschlossene Siedlungen zu schaffen, mußten sie auswandern, in fremden Lebensraum eindringen, Streusiedlungen gründen, zusätzliche Arbeitsmöglichkeiten in der Industrie usw. schaffen und ihre Landwirtschaft intensivieren — oder im fremden Volkstum untergehen. Gründungen von Tochtersiedlungen finden sozusagen noch heute vor unseren Augen statt in den Teilgebieten südlich der Donau, Drau und Sawe. Die schwache deutsche Mehrheit von 50 bis 70 % und die mehr oder weniger großen deutschen Minderheiten in fremden Siedlungen — zusammen 45,9 % der gesamten deutschen Bevölkerung in der Wojwodina — *sind durchwegs* Ansätze der starken biologischen und wirtschaftlichen Expansion der deutschen Bevölkerung. Der deutsche Bodenbesitz überschreitet überall den deutschen Wohnraum, der Bevölkerungsanteil den Anteil am Besitze und verleiht dadurch unserer Volksgruppe eine große wirtschaftliche Überlegenheit über alle ihre Mitvölker. Heute noch befinden sich alle anderen Volksgruppen dieses Raumes in Abwehrstellung gegen das vordringende Deutschtum! Der gesamte Raum der Wojwodina aber ist ein einziger deutscher Kulturboden, den deutsche Kultur und deutscher Wirtschaftssinn geformt und beeinflußt haben.

Johann Wüscht.

Bildbericht aus den befreiten und den besetzten Gebieten

Vor der Befreiung. Grenze zwischen dem Reich und Danzig bei Marienburg

Dirschau. Die alte Brücke, von den Polen gesprengt, die neue daneben, in vier Wochen von den Deutschen errichtet

Bromberg.
Ein Massengrab
ermordeter
Volksdeutscher

Bei Kulm.
Verhaftete Polen
auf dem Marsch

Graudenz.
Die durch deutsche
Pioniere erbaute
Ponton-Brücke

Warschau.
Das zerstörte
evangelische
Konsistorium,
die Wirkungsstätte
Burscheß

Zwischen Thorn und Wloclawek.
Beutetransport

Krakau. Polen lesen die Proklamation des Generalgouverneurs. (Oben ein Plakat, auf dem ein polnischer Soldat, auf ein verwüstetes Schlachtfeld hinweisend, zu Chamberlain die Worte spricht: „England, Dein Werk!")

Die volksdeutsche Presse im Wandel des Jahres 1939

Eine Rückschau auf das Zeitungs- und Zeitschriftenwesen des vergangenen Jahres birgt für wichtige Gebiete umwälzende Veränderungen in sich. In der politischen Neuordnung Mitteleuropas bedingt, hat sich binnen kürzester Zeit in den von ihr betroffenen Ländern auf dem Gebiete der volksdeutschen Presse eine Wandlung von der Wurzel her vollzogen: einzelne Blätter, eben noch hart um ihr Dasein ringend, sind mit einem Schlage reichsdeutsch geworden und mit wichtigen amtlichen Funktionen betraut; andere sind aus dem Leben gegangen, andere in veränderter Gestalt wieder ins Dasein getreten, einige heute schon neugegründet worden. Wenn auch das Bild in seinen Einzelformen noch nicht endgültig klar ist, so läßt sich sein Aufbau in den Leitlinien bereits eindeutig erkennen.

Im Protektorat sind die Prager Zeitungen, wie die „Prager Presse", die „Deutsche Zeitung Bohemia", der „Prager Mittag", die ersten schon mit dem 31. Dezember 1938, eingestellt worden; seit April 1939 erscheint hier als amtliches Organ des Reichsprotektorats „Der Neue Tag". Der ehemalige „Tagesbote" in Brünn hat mit dem bereits seit dem 19. Februar in „Volksdeutsche Zeitung" (sowie „Volksdeutsches Abendblatt") veränderten Kopf seine großdeutsche Umstellung vollzogen, während der „Mährische Grenzbote" nun „Das Streudeutschtum", das Mitteilungsblatt des Kreisverbandes Iglau im V. D. O. als Beilage bringt, einen weiteren Ausbau zum Blatt aller Volksdeutschen des Landes damit einleitend. Neben einigen anderen Lokalzeitungen, wie dem „Znaimer Tagblatt" oder der alten „Budweiser Zeitung", erscheint nun in Mähr.-Ostrau seit dem Sommer 1939 die „Mährisch-Schlesische Landeszeitung". Für die Slowakei ist zu berichten, daß das Anfang 1939 erscheinende Wochenblatt „Die karpathendeutsche Bauernzeitung" nunmehr als Beilage der „Deutschen Stimmen" herauskommt.

Grundlegend sind selbstverständlich die Veränderungen innerhalb der zurückgewonnenen Reichsgebiete, tief einschneidend die Umstellungen im restlichen Polen. In den harten Kampfzeiten vor dem deutschen Einmarsch waren alte Blätter, wie z. B. „Der Grenzlandbote" (Wirsitz), der „Stadt- und Landbote" (Birnbaum), dem polnischen Zugriff erlegen und eingestellt worden. Welche der Provinzzeitungen im Zuge des Neuaufbaus wieder erstehen, welch andere neugegründet (z. B. die „Thorner Freiheit", im Verlag des „Danziger Vorposten") werden, ist noch nicht hinlänglich klar. Innerhalb der größeren Blätter aber sind die Rollen bestimmt: „Der Danziger Vorposten" ist zum amtlichen Organ des neuen Reichsgaus Danzig geworden. Die eben noch allerdrückendsten Belastungen ausgesetzte „Deutsche Rundschau in Polen", nun die „Deutsche Rundschau", ist jetzt maßgebliches Blatt des Regierungsbezirks Bromberg. Im Warthegau ist seit dem 1. November der „Ostdeutsche Beobachter" als amtliche Gauzeitung ins Leben getreten, von der Verlagsleitung des „Posener Tageblattes" übernommen und an seiner Stelle und der der „Deutschen Nachrichten" nun die führende Zeitung der Gauhauptstadt; im Lodzer Bezirk, wo bereits im Juli die „Neue Lodzer Zeitung" und „Der Deutsche Weg" dem verschärften polnischen Druck nicht hatten standhalten können, hat sich aus der in die Befreiungszeit hinübergeretteten „Freien Presse" die „Deutsche Lodzer Zeitung", seit der endgültigen Einbeziehung des Gebietes in das Großdeutsche Reich nur noch „Lodzer Zeitung" genannt, zum amtlichen Mitteilungsblatt der Zivil- und Militärbehörden entwickelt. In Schlesien ist für den neuerrichteten Kattowitzer Bezirk

die „Kattowitzer Zeitung" maßgeblich; daneben hat sich auch hier rasch eine Verdichtung durchgesetzt: z. B. hat die „Oberschlesische Volksstimme" ihre Leserschaft dem „Oberschlesischen Kurier" zugeführt und ihr Erscheinen eingestellt. Maßgeblich für das Generalgouvernement ist das in Krakau als „Krakauer" und für Warschau ebenfalls in Krakau als „Warschauer Zeitung" herausgegebene amtliche Organ, das einzige deutsche im besetzten Gebiet.

Für das baltische Zeitungswesen bedeutet das Jahr 1939 ein Abschiednehmen auf der ganzen Linie; die „Rigasche Rundschau" tut das in einer Sondernummer vom 11. November, dabei auf die 73 Jahre ihres Erscheinens Rückschau haltend, und kommt bis Mitte Dezember in gekürzter Form heraus, desgleichen erscheinen für Lettland noch befristet bis zum endgültigen Abschluß der Rückwanderung die „Rigasche Post" sowie für Estland die „Revalsche Zeitung"; die Dorpater „Deutsche Zeitung" hat bald nach dem Bekanntwerden der Umsiedlung zu erscheinen aufgehört; ein anderes altes Provinzblatt, eines der ältesten volksdeutschen überhaupt, die „Libausche Zeitung", hatte bereits im Juni 1939 ihre Leserschaft in die „Rigasche Rundschau" überführt; zur selben Zeit war mit ihr der im gleichen Ort für den deutschen Bauern erscheinende „Deutsche Bote" eingegangen.

Innerhalb der übrigen europäischen und außereuropäischen deutschen Volksgruppen sind nicht derart umstürzende, immerhin aber durchgängig auf Stärkung und Vereinheitlichung hinzielende Veränderungen sichtbar. So war für Elsaß-Lothringen die seit April durchgeführte Zusammenlegung der „Elsaß-Lothringer Zeitung" (ELZ.) mit der „Neuen Welt" für die Heimtbewegung von Bedeutung, eine Zusammenlegung zur „ELZ.-Neue Welt" genannten Tageszeitung, die einem von der elsässischen Arbeiter- und Bauernpartei sowie Landespartei gemeinsam gefaßten Beschluß — noch unter dem Ehrenvorsitz von Dr. Roos — verdankt wurde; auch „Die Neue Zeit" als grundsätzliche Fragen der Arbeiter- und Bauernpartei behandelndes Blatt ist damals gegründet worden. Wie die „Reichsdeutschen Nachrichten" für die Niederlande seit Anfang des Jahres ist auch Mitte Februar für die deutsche Kolonie in Rumänien ein „Mitteilungsblatt der Reichsdeutschen in Rumänien" geschaffen worden. Im gleichen Land zu erwähnen ist vor allem die Verschmelzung der Tageszeitung „Südost" (Hermannstadt) mit der „Deutschen Tageszeitung" (Kronstadt), die beide ihre Leserschaft dem „Siebenbürgisch-Deutschen Tageblatt" zugeführt haben. — In Ungarn ist der „Deutsche Volksbote" vom 1. Januar ab zum Wochenblatt erweitert worden. — Für Südslawien soll auf das in Batschka-Palanka seit März 1939 erscheinende Wochenblatt „Heimat" verwiesen werden; hier ist es auch im Jahre 1939 über Versuche, in der Landeshauptstadt eine deutschsprachige Zeitung zu veröffentlichen, nicht hinausgekommen.

In Deutsch-Südwest hat die „Swakopmunder Zeitung" mit der seit 1. Februar durchgeführten Titeländerung als „Deutscher Beobachter" ihre Zielsetzung auf überlokale Bedeutung sichtbar gemacht. Dieser erscheint seit 1. Juli in Windhuk und hat hier die „Allgemeine Zeitung", in deren Druckerei er ausgeführt wird, in sich aufgenommen. — In Südamerika ist vor allem in Brasilien ein schweres Jahr zurückgelegt worden. In Sta. Catharina sind die „Blumenauer Zeitung" und „Der Volksbote" (São Bento) der überspitzten Nationalisierungspolitik dieses Staates zum Opfer gefallen, da für jede Zeitung eine vollständige Wiedergabe in Portugiesisch gefordert wurde; auch der „Urwaldsbote" schien dran glauben zu müssen, als er im Sommer „technischer

Schwierigkeiten wegen" den Druck einstellte; er erscheint nun wieder, freilich unter dem „Beistand der militärischen und zivilen Behörden".

In den Vereinigten Staaten ist der „Columbus Herold" als eine der ältesten deutschen Zeitungen in den Konzern der „National Weeklies" übergegangen und unterscheidet sich nur noch durch den lokalen Teil von den im gleichen Verlag gedruckten Blättern. Dieser bringt zudem für die „Lincoln Freie Presse" eine „Deutsche Sonntagspost" heraus.

Im Zeitschriftenwesen hat die von Herbert Weinelt gegründete und herausgegebene „Volksforschung in Böhmen und Mähren" die Nachfolge verschiedener landeskundlicher Zeitschriften (Sudetendeutsche Zeitschrift für Volkskunde, Deutsch-mährisch-schlesische Heimat) angetreten. Auch die ungarländische deutsche Volksgruppe hat sich schärfer nach der reichsdeutschen Volksforschung ausgerichtet und tut das in der Umbenennung der „Neuen Heimatblätter" in „Deutsche Forschungen in Ungarn", hrsg. von Rich. Huß, kund. — Die „Deutschen Monatshefte in Polen" werden nun als „Deutsche Monatshefte" herausgebracht. — Ziele einer landeskundlich betonten Pflege des Deutschtums verfolgt das Kulturamt der Deutschen Partei in Preßburg (Slowakei), das die Herausgabe einer Zweimonatsschrift „Karpathenland" noch in diesem Jahr hatte ermöglichen wollen.

Innerhalb der Jugendzeitschriften ist für den Westen das seit Februar herausgegebene Blatt „Junges Volk in Eupen-Malmedy" zu nennen. Als Organ der Landesjugendführung China erscheint vom gleichen Zeitpunkt an die „HJ. im Fernen Osten". Schließlich ist die Verselbständigung des bisher als Beilage zum „Deutschen Volksboten" (Budapest) geführten „Jungkamerad" erwähnenswert, die allerdings infolge einer Regierungsverordnung aus Gründen der Papiereinschränkung wieder aufgehoben werden mußte.

Kath. Reimann.

Länder-Berichte

Europa

Nordschleswig

Bekenntnis zur Heimat — Stärkung der Gemeinschaft innerhalb der deutschen Volksgruppe — Der Bund für deutsche Kultur in voller Tätigkeit — Aufklärung über Deutschland — Die neutrale Linie des Nordens

In der letzten Zeit hat die NSDAP Nordschleswig zweimal im Zeichen des ernsten Geschehens ihren gesamten Amtswalterstab zu einer größeren Tagung nach Tingleff zusammenberufen, und zwar am 24. September und am 23. Oktober. Auf beiden Tagungen hielt Parteiführer Dr. Möller eine längere Ansprache an die über 500 Amtswalter seiner Partei. Immer wieder betonte er, daß jetzt mehr denn je die deutsche Volksgruppe in einer Front stehe mit dem gesamten deutschen Volk. Die deutschen Nordschleswiger seien loyale Bürger des dänischen Herbergsstaates, fühlten sich aber gleichzeitig aufs engste mit dem deutschen Volk und dessen Schicksalskampf verbunden. Die letzte Tagung am 22. Oktober gestaltete sich zu einer gewaltigen Bekundung der Verbundenheit der deutschen Nordschleswiger mit ihrer Heimat. Auch die beiden

Referate, die auf dieser Tagung gehalten wurden, als Dr. Peter Kragh über die bevölkerungspolitische Lage sprach und Assessor Rud. Stehr über den Kampf um den Heimatboden, standen in engster Verbindung mit dieser heimatlichen Linie der Tagung. Mit dem Vortrag von Dr. Peter Kragh trat übrigens das von der Partei neu eingerichtete Amt für Bevölkerungspolitik erstmalig auf einer größeren Tagung in Erscheinung.

Der Bund für deutsche Kultur, der schon seit Jahren die Vermittlung kultureller Veranstaltungen vom Reich nach Nordschleswig betreut, hat auch in diesem Winter seine Tätigkeit in vollem Umfange wieder aufgenommen. Das Grenzlandtheater in Flensburg und das Grenzlandorchester in Flensburg haben wiederum ihre bewährten Kräfte für die deutsche Volksgruppe Nordschleswigs zur Verfügung gestellt. Auch die Professoren der Kieler Universität stehen für Vorträge im Laufe des Winters bereit. Der Bund für deutsche Kultur zählt etwa 9000 Mitglieder in ganz Nordschleswig. Im vorigen Winter wurden nicht weniger als 217 Veranstaltungen mit im ganzen 42 000 Besuchern durchgeführt.

In einem Grenzland, das von der englischen Propaganda nicht unberührt bleibt, kommt der deutschen Volksgruppe die wichtige Aufgabe einer sachlichen Aufklärung über die wahre Lage Deutschlands und über die Ziele der deutschen Politik zu. Vor dem Forum des dänischen Reichstages hatte der Parteiführer Dr. Möller, der gleichzeitig deutscher Abgeordneter ist, am 19. Oktober Gelegenheit, ein starkes deutsches Bekenntnis abzulegen. Er erklärte u. a.: Das dänische Volk müsse verstehen, daß die deutsche Volksgruppe Nordschleswigs in dieser Stunde mit ganzem Herzen an der Seite ihres Volkes stehe. Niemals sei das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit dem deutschen Volk so stark gewesen als jetzt. Dänemark habe sich zur Neutralität bekannt, aber wenn Neutralität überhaupt einen Sinn haben solle, müsse man Verständnis erwarten für den Weg, den Deutschland habe gehen müssen. Die dänische Regierung habe immer wieder die Notwendigkeit eines guten Verhältnisses zum deutschen Volk betont, aber diese Haltung müsse auch den Weg ins Volk finden. Deutschland habe bei den verschiedensten Gelegenheiten dem Willen zu einem unabänderlichen freundschaftlichen und loyalen Verhältnis zu seinem nördlichen Nachbarn Ausdruck gegeben. Dr. Möller schloß seine Rede im Folketing mit den Worten: „In einer Zeit, wo neue Gedanken hervorbrechen und für neue Formen innerhalb der Grenzen Europas kämpfen, spreche ich die Hoffnung aus, daß Nordschleswig in diesem Ringen Verhältnisse und Männer finden möge, die die Schwierigkeiten zu meistern vermögen, die auch meiner engeren Heimat auferlegt werden."

Über den Sinn der Neutralität veröffentlichte der frühere Abgeordnete der deutschen Volksgruppe, Pastor Schmidt-Wodder, in der „Nordschleswigschen Zeitung" einen auch in dänischen Kreisen viel beachteten Artikel, in dem es hieß: „Wollen wir ehrlich, wie es der Führer des Deutschen Reiches will, daß das deutsch-dänische Verhältnis ein vertrauensvolles sein und bleiben soll, dann stellen wir zurück, was zwischen uns gewesen, machen uns nicht zum lästigen Richter über die Empfindungen des Nachbarvolkes und begnügen uns mit der Achtung, die jedes Volk von dem anderen erwarten darf. Das erfordert auch schon rein nüchterne Klugheit. Wir sollen nicht mit den Engländern konkurrieren in Bedrängnis der Neutralen, sondern wollen sie respektieren. Nordische Neutralität ist in erster Linie leidenschaftlicher Wille zu sich selbst, in zweiter Mühen um besseres Völkerrecht, in ihrer besten Äußerung Bereitschaft, Leid zu lindern und mitzutragen." H. K.

Eupen-Malmedy

Der Krieg und Belgien — Wirtschaftssorgen — Neutralität und französisch-englische Propaganda — Eine Abordnung in Brüssel — Betrachtungen der „Dernière Heure"

Wir haben im letzten Heft über die Lage der Volksdeutschen in Eupen-Malmedy berichtet, wie sie sich auf Grund der August-Geschehnisse, insbesondere des behördlichen Verbotes der Gesamtgebietstagung der Heimattreuen Front, darstellte. Seit England und Frankreich mit Deutschland im Kriege liegen, überschattet innerhalb der belgischen Staatsgrenzen die Neutralitätsfrage alle übrigen Probleme. Das gilt für die flämisch-wallonische Auseinandersetzung, ebenso wie für die Sprachenforderungen des altbelgischen Deutschtums und den Rechts- und Gleichberechtigungskampf der Eupen-Malmedyer. Die Neutralitätspolitik der Regierung legt Zurückhaltung auf, doch bleibt sichtbar, daß die Nationaliätenverhältnisse und -gegensätze bestehen und die öffentliche Meinung beeinflussen

Der englische Blockadekrieg hat Belgien wie alle von ihm betroffenen neutralen Staaten vor eine neue Lage gestellt. Er soll Deutschland treffen, das diesem englischen Kampfmittel rechtzeitig begegnete, und trifft ungleich schwerer die Neutralen, deren Wirtschaft völlig unvorbereitet war. So haben die britischen Kontrollmaßregeln die belgische Einfuhr und Schiffahrt in verhängnisvolle Verwirrung gebracht. Die belgische Statistik und Presse spiegeln die Nöte und Sorgen wider, die das Wirtschaftsleben Belgiens beherrschen. Hatte man nach Kriegsausbruch noch gehofft, die Wirtschaft werde an einer Art Kriegskonjunktur teilnehmen können, so sind diese Hoffnungen inzwischen bitter enttäuscht worden, ein Tatbestand, dem der Wirtschaftsminister Sap vor dem Kammerausschuß beredten Ausdruck gegeben hat. Andererseits zeigt die öffentliche Meinung Belgiens, soweit sie vor allem durch die großen französischsprachigen Blätter der Hauptstadt vertreten wird, die einseitige Ausrichtung, die mit dem französisch-englischen Einfluß auf diese Organe zusammenhängt. Ja, trotz der Warnungen belgischer Minister, den Neutralitätsstandpunkt streng zu wahren, spart diese Presse weder mit ihren Sympathien für die Westmächte noch mit einer Berichterstattung über die Kriegslage, die diesen Sympathien gemäß ist. Sie nimmt Partei, während ein großer Teil der flämischen Presse und die heimattreuen Zeitungen in Eupen-Malmedy die Pflichten, die die Neutralität des Staates auferlegt, innehalten.

Die Parteigänger Frankreichs und Großbritanniens, unter denen selbstverständlich auch das deutschsprachige probelgische Renegatenorgan in Eupen, das „Grenzecho", nicht fehlt, reden sich damit heraus, die staatliche Neutralität und die freie Meinungsäußerung des einzelnen seien voneinander unabhängig. Auch das in Aubel erscheinende Blatt des altbelgischen Deutschtums, die „Fliegende Taube", hat ihre Deutschenhetze verschärft und ist nach Kräften daran beteiligt, die aus französischer und englischer Quelle stammenden Falsch- und Lügenmeldungen über Deutschland und deutsche Kriegspläne zu verbreiten.

Was das deutsche Grenzgebiet unmittelbar angeht, so hatten die größeren Sorgen Belgiens in den zurückliegenden Kriegsmonaten die altbelgische Assimilations-Presse davon abgehalten, ihr beliebtes Thema „Eupen-Malmedy" weiter zu erörtern. Man unterließ es mehr als zuvor, sich über die Mitbürger deutschen Volkstums Gedanken zu machen oder ihnen gar, wie es noch im August der Fall war, vorzuwerfen, daß sie ihr Volkstum und ihre Gesinnung verteidigen

und die gleichen Rechte in Anspruch nehmen, die allen Bürgern des Staates zustehen. Doch erweckte eine Meldung aus Brüssel bei den Eupen-Malmedyern größeres Interesse. Der belgische Innenminister habe, so hieß es, eine Abordnung aus Eupen-Malmedy empfangen und sich mit ihr über „wirtschaftliche, örtliche und gemeindliche Fragen" ausgesprochen. Diese Abordnung vertrat nun nicht die Mehrheit der Bevölkerung, sondern jene Minderheit, die gegen die heimattreue Mehrheit steht.

Ein Aufsatz in der „Dernière Heure", verfaßt von einem in das deutsche Grenzgebiet entsandten „Sonderberichterstatter", ging über diese lakonische Meldung hinaus und wußte zu erzählen, daß die besagte Abordnung von „Notabeln" gebildet worden sei, die vor dem Innenminister ihrer Besorgtheit und ihrer Loyalität Ausdruck gegeben hätten. Auch hätten sie behauptet, mehr als 50 v. H. der bei den letzten Wahlen abgegebenen Stimmen zu repräsentieren. Selbstverständlich vergaß das belgische Blatt, seine Leser darüber zu unterrichten, daß diese Behauptung von den mehr als 50 v. H. nicht der Wahrheit entspricht. Aber auch die weiteren eigenen Gedanken des Sonderberichterstatters bewegten sich in der Richtung jener Assimilationspropaganda, die mit der in Eupen-Malmedy gegebenen Wirklichkeit wenig zu tun hat.

Die heimattreue Presse faßt ihre Meinung über den Sonderbericht der „Dernière Heure" dahin zusammen: „Die Betrachtungen des Blattes rufen Gedanken und Überlegungen wach, die im Lauf der Jahre oft genug zum Ausdruck gebracht wurden und die der neubelgischen Öffentlichkeit längst geläufig sind. Festzustellen wäre nur noch, daß diese neue Erörterung neubelgischer Fragen wieder einmal beweist, wie problematisch nach wie vor der Fall der Kreise Eupen-Malmedy-St. Vith ist."

Elsaß-Lothringen

Grenzland im Krieg — Verschärfter französischer Kampf gegen die autonomistische Bewegung — Zwei Elsässer standrechtlich erschossen — Verhaftungen führender Männer

Die geographische Lage der drei elsaß-lothringischen Departements hat die unvermeidliche Folge, daß sie im Falle deutsch-französischer kriegerischer Zusammenstöße mitten im Brennpunkt liegen müssen. Seitdem das Reich unter Adolf Hitlers Führung seine frühere Ohnmacht überwand, wurde man sich in der Grenzbevölkerung von Jahr zu Jahr klarer bewußt, daß ihrem Lande nur dann eine neue schwere Schicksalsprüfung erspart bleiben könnte, wenn der deutsch-französische Gegensatz überbrückt, das Verhältnis der beiden großen Nachbarvölker geklärt würde. Chauvinistische Elemente, die nach dem Weltkriege die Möglichkeit erhalten hatten, sich als Wortführer Elsaß-Lothringens auszugeben und die sich jeder Einsicht hartnäckig versagten und ihr entgegenwirkten, sind in den letzten Jahren von den Wählern in steigendem Maße ausgeschaltet worden. Die autonomistische Forderung nach Verständigung gewann immer weitere Anhänger.

Die führenden Wirtschaftskreise, die lange Zeit die Pariser Nationalisten in ihrer Deutschenhetze bestärkt hatten, waren seit der „Volksfront"-Ära Blum an der Richtigkeit ihrer bisherigen politischen Linie irre geworden. Die steigende Krise — die durch die europäische Spannung vom September 1938 unheilvoll verschärft worden war — machte sie endlich bereit, auch ihrerseits bei der Regie-

rung Daladier vorstellig zu werden und ihr vor Augen zu halten, daß das Elsaß als Oberrheinland und Elsaß-Lothringen insgesamt nicht mehr vor der wirtschaftlichen Katastrophe zu retten sei, wenn Paris nicht das außenpolitische Steuer herumwerfe.

Dieser einsichtigen Linie wirkte jedoch seit dem Frühjahr 1939 entgegen, daß die Regierung Daladier im Schlepptau Englands das französische Volk auf die angebliche „Unvermeidlichkeit" eines neuen Kriegs gegen Deutschland vorbereitete und in diesem Sinne den Hetzereien und Verleumdungen der oppositionellen Blätter und Parteien freien Lauf ließ, die gerade am Beispiel Elsaß-Lothringens den Nachweis feindseliger Absichten der deutschen Staatsführung erbringen wollten. Bei dem allgemein verbreiteten Mißverstehen und Nichtbegreifen von Volkstumsdingen war es nicht schwer, dem Franzosen einzureden, daß die elsaß-lothringischen Autonomisten ja doch nur „deutsche Agenten" seien, die entgegen dem offiziellen Verzicht des Reichs dem französischen Volk im eigenen Land Schwierigkeiten zu bereiten hätten. Ihre Tätigkeit bedrohe daher Frankreichs innere und äußere „Sicherheit". Gleichlaufend mit einer verschärften Gesetzgebung in Frankreich gegen wirkliche, vermeintliche oder erdichtete — Gefährdung der Landesverteidigung wurde auch der zeitweise zurückgestellte Kampf gegen alle „regionalistischen" und „autonomistischen" Bestrebungen wieder neu aufgenommen und auf dem Wege der Notverordnungen jedes dortige Bestreben mit dem Verdacht des Hoch- und Landesverrats belastet.

Anfang Februar 1939 hatten die französischen Behörden den vor zehn Jahren fehlgeschlagenen Kampf gegen die Heimatbewegung in Elsaß-Lothringen wieder begonnen. Verhaftungen, polizeiliche Vernehmungen, Haussuchungen, Auflösung von Vereinen, Unterdrückung heimattreuer Organe erfolgten in der Folgezeit in großem Ausmaße. Mit dem Hinweis auf das Verbot, in der Presse über schwebende Landesverrats-Verfahren zu berichten oder zu ihnen Stellung zu nehmen, wurde es der heimattreuen Presse aufs höchste erschwert, die Öffentlichkeit sachlich zu unterrichten und sich zu den Anklagen und Verdächtigungen zu äußern, die die links- und radikal-rechtsstehende Presse im Elsaß, in Paris und in ganz Frankreich verbreiten durfte.

Unter den verhafteten Elsässern war der bekannteste der Präsident der autonomistischen Landespartei, Dr. Karl Roos, der in den ersten Februartagen mit einigen anderen Autonomisten verhaftet und nach Nancy überführt worden war, wo die Militärgerichtsbarkeit mit der weiteren Behandlung der Angelegenheit betraut wurde. Im Laufe der folgenden Monate wurde auch gegen andere namhafte Heimattreue der Verdacht ausgesprochen, daß sie deutsche Propagandagelder angenommen und weitergeleitet hätten!

Die maßgebenden Pariser Kreise rechneten damit, daß der Franzose am leichtesten in die erwünschte Kriegsstimmung zu bringen sein würde, wenn man ihm die elsaß-lothringische Unzufriedenheit als das teuflische Werk der „Nazis" aufzeigen würde. Dagegen half dann auch nichts mehr, daß in den entscheidenden Wochen von deutscher Seite mehrmals wieder erklärt wurde, daß das Reich keinerlei territoriale Forderungen mehr an Frankreich stelle und nichts von ihm wolle.

Kein Zweifel konnte daran herrschen, daß alle heimattreuen Führer Elsaß-Lothringens der Gefahr ausgesetzt waren, im Fall eines neuen Krieges von den Franzosen als Staatsfeinde behandelt zu werden. Diese Gefahr ist auch Wirklichkeit geworden. Dies um so mehr, als im „demokratischen" Frankreich die

Volksvertretung überhaupt weitgehend ausgeschaltet wurde und als Elsaß-Lothringen durch den Abtransport von 400 000 bis 500 000 (!) seiner Bewohner nach binnenfranzösischen Landstrichen kaum mehr in der Lage ist, überhaupt noch seinen Willen kundzutun.

Als die ersten Blutzeugen des elsaß-lothringischen Volkskampfes gegen die französische kulturelle Unterdrückungspolitik sind in der Frühe des 28. Oktober Dr. Karl Roos und ein Elsässer der jungen Generation namens Lobstein auf Grund des am Tage zuvor gefällten Todesurteils des Nancyer Kriegsgerichts standrechtlich erschossen worden. Man will ihnen nachgewiesen haben, daß sie zusammen mit andern Elsäßern während und nach der tschechoslowakischen Septemberkrise militärische Geheimnisse an „das Ausland" verraten und dadurch die französische Sicherheit gefährdet hätten. In Wahrheit sind Dr. Roos, Lobstein und die gleichzeitig mit ihnen zu hohen Freiheitsstrafen verurteilten Elsäßer Opfer ihres Bekenntnisses zum Heimatgedanken.

Frankreich begnügte sich aber nicht mit diesen Opfern: Einige Wochen nach Kriegsbeginn meldeten französische (und frankreichhörige „ausländische") Blätter, daß eine Reihe namhafter elsaß-lothringischer Persönlichkeiten verhaftet wurden, z. B. die oberelsässischen Abgeordneten Rossé und Stürmel, ferner der Präsident der Christlich-Sozialen Volkspartei Lothringens, Generalrat Antoni, der Führer der autonomistischen „Jungmannschaft", Rechtsanwalt Bickler, Chefredakteur Paul Schall von der schon vor Kriegsbeginn unterdrückten „Elsaß-Lothringer Zeitung", der Leiter des Straßburger Stadtarchivs Brauner und der Präsident des dortigen städtischen Bürgerspitals Oster.

Offenbar will Frankreich den Kriegszustand dazu ausnutzen, unbequeme Kritiker und Gegner im „befreiten" Elsaß-Lothringen unschädlich zu machen. Es vergißt, daß unterdrückte Volksgruppen durch die Beseitigung oder Ausschaltung ihrer Führer nicht zur Aufgabe des Kampfes um ihre natürlichen und göttlichen Rechte gezwungen werden können. Es ist nur ein weiteres Zeichen der falschen Politik, die Frankreich in einen sinnlosen Krieg schlittern ließ, daß seine Regierung es auf einen offenen Konflikt mit Elsaß-Lothringen ankommen läßt, der aber nach Rückkehr zu friedensmäßigen, geordneten Zuständen nicht mehr mit den Mitteln der Militärjustiz wird entschieden werden können, sondern in offener Auseinandersetzung mit dem Selbstbehauptungswillen der elsaß-lothringischen Bevölkerung.

Litauen

Innere Festigung der Volksgruppe — Vergrößerung der deutschen Volksgruppe durch Angliederung des Wilnagebiets — Die Organisationen der Deutschen in Wilna

Die gegenwärtige europäische Lage ist nicht ohne Auswirkung auch auf das Leben der deutschen Volksgruppe in Litauen geblieben. Die im Lande herrschende nervöse Stimmung hat die Behörden zur strengeren Überwachung des gesamten Lebens veranlaßt. Aus diesem Grunde ist die Versammlungsfreiheit eingeschränkt worden. Unter den Deutschen jedoch selbst herrscht eine durchaus zuversichtliche Stimmung, so daß, wenn nach außen hin die Tätigkeit der deutschen Organisationen auch weniger rege gewesen ist, nach innen doch in jeder Hinsicht eine Festigung der Volksgruppe erfolgt ist. Der Beschluß des Deutschen Reiches, die deutschen Volksgruppen aus den baltischen Ländern ins Reich umzusiedeln,

hat selbstverständlicherweise auch unter den Deutschen in Litauen großes Interesse hervorgerufen. Es sind jedoch keinerlei Anzeichen irgendeiner Panik festzustellen, im Gegenteil, man wartet mit Ruhe auf den Ruf, der nötigenfalls auch an die Volksdeutschen in Litauen ergehen könnte.

Die Angliederung des Wilnagebietes an Litauen hat die deutsche Volksgruppe ebenfalls vergrößert. In der Stadt Wilna und in dem an Litauen angegliederten Gebiet leben über 1000 deutsche Volksgenossen. Die deutsche Kolonie in Wilna zählt jetzt zu den ältesten deutschen Siedlungsgruppen Litauens. Ihre Anfänge gehen auf die Zeit des Gründers der Stadt Wilna, des litauischen Großfürsten Gediminas, zurück. Gediminas holte deutsche Handwerker nach Wilna, die an der Errichtung der Stadt mithalfen.

Da die Deutschen dieses Gebietes in der nördlichsten Ecke des ehemaligen polnischen Staates lebten, hatten sie keinen engeren Kontakt mit den zentralen Organisationen der deutschen Volksgruppe in Polen. Aus diesem Grunde waren die Deutschen Wilnas seit jeher auf sich selbst gestellt.

Irgendein ausgeprägtes deutsches Organisationsleben besteht in Wilna nicht. Die Deutschen scharen sich hauptsächlich um die evangelisch-lutherische Kirche. Außer dieser Gemeinde besteht auch eine katholisch-deutsche Gemeinde an der St. Annen-Kirche, die aber nur 40 Mitglieder zählt. Beide Gemeinden unterhalten je ein Armenhaus. Die evangelisch-lutherische Gemeinde unterhält außerdem ein Waisenhaus; sie besitzt ferner eine größere Anzahl Häuser auf der Deutschen Straße Wilnas. Die evangelisch-lutherische deutsche Kirche in Wilna ist im Jahre 1555 errichtet und ist die älteste der in Litauen vorhandenen deutschen Kirchen. Im evangelisch-lutherischen Gemeindehaus besteht eine deutsche Schule, die 5 Abteilungen mit 44 Kindern umfaßt.

Nur eine einzige deutsche Organisation, und zwar der Deutsche Frauenverein, pflegt die Wohltätigkeit unter den Deutschen. Bis vor Ausbruch des Krieges bestand auch ein mehr völkisch aufgezogener Zusammenschluß der deutschen Jugend, ein sogenannter Jugendverein. Die übrigen aktiveren Deutschen pflegten einen losen Zusammenschluß in einen sogenannten Deutschen Verein, der nur inoffiziell bestand.

Sofort nach Angliederung Wilnas an Litauen hat der Kulturverband der Deutschen Litauens sich der Deutschen in Wilna angenommen. Die im Wilnagebiet herrschende Not hat auch die dortigen Deutschen sehr schwer betroffen. Die evangelisch-lutherische Gemeinde, die an und für sich über große Vermögenswerte verfügt, besaß außer Zloti keine anderen Zahlungsmittel, so daß sie ihre Einrichtungen nicht mehr genügend unterstützen konnte. Zur Linderung der ersten Not hat der Kulturverband den Deutschen Wilnas 500 Lit zur Verfügung gestellt. Dafür wurden in erster Linie Holz und Lebensmittel angeschafft.

Ein großer Teil der deutschen Kolonie in Wilna ist von den Polen nach Beres-Kartuska verschleppt worden. Rund 200 Personen sollen dorthin gebracht worden sein, und es gibt fast keine Familie, die nicht den Verlust eines Familienmitgliedes zu beklagen hätte. Ein Teil der Verschleppten ist wohlbehalten auf deutschem Reichsgebiet eingetroffen. Die größte Sorge besteht jetzt darin, diese Verschleppten wieder zurückzubringen oder den zurückgebliebenen Familienteil aus Wilna ins Reich zu bringen. Es ist zu bemerken, daß der größte Teil der Jugendlichen bereits vor Ausbruch des Krieges nach Deutschland gegangen ist. Die deutsche Kolonie besteht somit größtenteils aus älteren Leuten. Viele von ihnen besitzen Häuser oder kleinere Betriebe, wie Gärtnereien usw. Allerdings haben alle fast ihr ganzes Barvermögen durch die Abwertung des Zloti ver-

loren. — Außerdem leben in Wilna zahlreiche Volksdeutsche, die aus dem westlichen Polen nach dem Wilnagebiet verschleppt oder verbannt worden sind.

Der Kulturverband der Deutschen Litauens hat bereits Schritte zur Erfassung der Deutschen in Wilna unternommen. Ebenso wird die Wochenschrift „Deutsche Nachrichten" in einer größeren Anzahl nach dem Wilnagebiet versandt.

Die litauische Regierung hat mit Rücksicht auf die besondere Lage im Wilnagebiet eine Abänderung des Volksschulgesetzes beschlossen, welche vorsieht, daß in Zukunft nicht wie bisher 32 Schüler, sondern 50 Schüler zur Eröffnung einer Minderheitenschulklasse erforderlich sind. Diese neue Bestimmung dürfte sich auf die bestehenden Schulen der andersstämmigen Volksgruppen kaum auswirken. Sie soll in erster Linie zur Wiederlitauisierung des Wilnagebietes dienen. Es ist zu bemerken, daß die Polen im Wilnagebiet ihre während der zwanzigjährigen Polenherrschaft errungenen Positionen unbedingt erhalten wollen. Einen besonderen Widerstand leistet dabei die katholische Kirche, deren Leitung in den Händen polnischer Bischöfe liegt. Aus diesem Grunde sind seitens der litauischen Regierung Verhandlungen mit dem Vatikan über eine Änderung in der Leitung der katholischen Kirche des Wilnagebietes aufgenommen worden. Die zuständigen litauischen Stellen wollen bei der Behandlung der Polen im Wilnagebiet nach dem Grundsatz verfahren, daß sie den Polen dieselben Rechte gewähren, die seinerzeit die Polen den Litauern eingeräumt haben.

Die anderen im Wilnagebiet lebenden Volksgruppen, außer den Juden, bereiten der litauischen Regierung keinerlei Schwierigkeiten. Den Weißrussen ist die Herausgabe einer Zeitung gestattet worden. In dem den Polen gestatteten Organ „Wilnaer Kurier" tauchen von Zeit zu Zeit Stimmen auf, die von einer Wiedergeburt eines polnischen Staates von Wilna aus sprechen. Diese Hoffnungen sind jedoch von den zuständigen litauischen Stellen als völlig gegenstandslos gebrandmarkt worden.

Jugoslawien

Innenpolitische Lage und Stellungnahme der deutschen Volksgruppe — Deutschfeindliche Auswanderungspropaganda — Kulturbundortsgruppen in Slowenien — Hauptversammlung der Wirtschaftsgenossenschaften

Nach der Ende August d. J. erzielten Verständigung (sporazum) zwischen Serben und Kroaten und gleichzeitig erfolgten Errichtung der Banschaft Kroatien befindet sich die Frage der weiteren Umgestaltung und Neugestaltung des Staatswesens im Vordergrund des politischen Lebens in Südslawien. Die damit im Zusammenhange stehenden Probleme berühren in unmittelbarster Weise auch die deutschen Volksgruppenbelange, und die deutsche Volksgruppe sieht daher ihre Beteiligung am innenpolitischen Leben ihrer Heimat als ihr Recht und ihre Pflicht an. Es handelt sich dabei im einzelnen hauptsächlich um folgende drei Probleme: 1. Zuständigkeitsbereich der neuen Banschaft Kroatien; 2. staats- und verwaltungsrechtliche Stellung des übrigen Staatsgebietes; 3. Neuwahlen.

Zur Klärung der Lage der deutschen Volksgruppe innerhalb der neuen staats- und verwaltungsrechtlichen Stellung Kroatiens hat der Führer des Kroatiendeutschtums, Branimir Altgayer, nach vorheriger informativer Fühlungnahme mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der Kroatischen Bauernpartei, Ing. August Koschutitsch, Mitte Oktober an der Spitze einer Abordnung

beim Präsidenten Dr. Matschek vorgesprochen. Auf die Versicherung Altgayers von der Loyalität des Deutschtums in Kroatien und seiner Bereitschaft zur Mitarbeit erwiderte Dr. Matschek, er wolle dafür sorgen, daß die Deutschen ihre Schulen haben und in ihrer kulturellen Betätigung, ihrem Vereinswesen und ihrem nationalen Empfinden die gleichen Rechte genießen wie die Kroaten. Eines müsse er aber von den Deutschen fordern: daß sie Kroatien bedingungslos als ihr Vaterland anerkennen.

Die Frage des Zuständigkeitsbereichs der Banschaft Kroatien ist insofern von grundsätzlicher Bedeutung, als die Bestimmungen der Verordnung über die Banschaft Kroatien durch königlichen Erlaß auch auf die übrigen Banschaften ausgedehnt werden können. Dabei können mehrere Banschaften zusammengelegt sowie überhaupt in ihrem Gebietsumfang geändert werden.

Es dreht sich die Diskussion hauptsächlich um die Schaffung dreier gleichberechtigter föderativer Einheiten (nach dem Vorbild der Banschaft Kroatien). Während im Hinblick auf die heutige Draubanschaft (Slowenien) eine solche Lösung zur gegebenen Zeit ohne größere Schwierigkeiten getroffen werden könnte, wäre bei dem übrigen Staatsgebiet insbesondere auch das Hindernis der Abgrenzung des serbischen Bereichs vom kroatischen Bereiche zu überwinden. Dieses Hindernis ist besonders groß in Bosnien-Herzegowina, daneben aber auch in Syrmien sowie in der Batschka. Dabei macht sich sowohl kroatischer- als auch serbischerseits das Bestreben geltend, das Vorhandensein der in dem letztgenannten Gebiet sehr zahlreichen Volksgruppen — insbesondere der deutschen Volksgruppe — völlig zu übergehen und somit ihren Mitentscheidungsanspruch bei der Frage der Gebietsabgrenzung unberücksichtigt zu lassen. Besonders auf kroatischer Seite ist die Tendenz bemerkbar, durch Gleichstellung der Begriffe Kroatisch und Katholisch die katholischen Volksgruppenangehörigen zu Kroaten zu stempeln und dadurch den eigenen Ansprüchen und Forderungen in personalpolitischer, vor allem aber auch in gebietsmäßiger Beziehung größeren Nachdruck zu verleihen. In verschiedenen statistischen Übersichten und kartographischen Darstellungen gelangt diese Tendenz deutlich zum Ausdruck. Bezeichnend hierfür sind die in verschiedensten kroatischen Blättern, u. a. „Hrvatski Dnevnik" und „Nedelja" in Agram sowie „Srijemske Novine" in Wukowar, erschienenen Aufsätze zu dieser Frage, wobei zu der Zahl der Kroaten die Zahl der katholischen Deutschen, Madjaren usw. einfach hinzugezählt wird. Gegen die darin zum Ausdruck gelangende Auffassung, daß die gemeinsame Konfession eines staatsführenden Volkes und einer Volksgruppe heutzutage noch ein Binde- und Anziehungsmittel sei, sowie gegen den Mißbrauch der Kirche zu Assimilationszwecken wendet sich der Essegger „Slawonische Volksbote" und betont, daß die gemeinsame Konfession, da sie häufig als Umvolkungsinstrument gebraucht worden ist, im Gegenteil Anlaß zur Unzufriedenheit der Volksgruppenangehörigen gegeben und überflüssige Gegensätze verursacht habe.

Der Standpunkt der deutschen Volksgruppe zu der territorialen Abgrenzung des Staatsgebietes, insbesondere im Hinblick auf die Wojwodina, wird in einem Aufruf des Pantschowaer „Volksrufs" (vom 17. November d. J.) dahingehend formuliert, daß die kroatischen Wünsche auf Einverleibung des größten Teiles von Syrmien, der Baranja und des katholischen Teiles der Batschka eine Teilung des Hauptsiedlungsgebietes und dadurch Schwächung der Volksgruppe bedeuten würde. Das Interesse der Volksgruppe liege daher in der Beibehaltung der Einheit des Hauptsiedlungs-

gebiets entweder in der heutigen Form der Donaubanschaft oder in einer einheitlichen, ungeteilten und autonomen Wojwodina.

Neben der Tendenz des Totschweigens und Übergehens ist bei gewissen Kreisen des staatsführenden Volkes auch das Bestreben bemerkbar, gelegentliche Spaltungsversuche innerhalb der Volksgruppe dadurch zu fördern, daß ihnen eine übertriebene Bedeutung beigemessen wird. Von den Presseorganen des staatsführenden Volkes wird diese Taktik außer dem wegen seiner volksgruppen- und überhaupt deutschfeindlichen Schreibweise bekannten Neusatzer Tageblatt „Dan" insbesondere auch von der Monatsschrift „Ravnopravnost" (Gleichberechtigung) verfolgt. Dieses Blatt erscheint seit Anfang dieses Jahres in Pantschowa-Belgrad und bezeichnet sich als „Monatsschrift für nationale Verteidigung". Als Untertitel steht das Motto: „Wir fordern für unsere Minderheiten im Ausland nur jene Rechte, die Südslawien seinen Minderheiten zugesteht." Ohne in diesem Zusammenhang auf die Schreibweise des Blattes in sonstiger Beziehung einzugehen, sei nur erwähnt, daß es durch Herausstellung außenseiterischer und volksverräterischer — im übrigen jedoch belangloser — Strömungen innerhalb der Volksgruppe (etwa der sog. „Jungdeutschen Bewegung" oder des klerikalen Wochenblattes „Die Donau" in Apatin) bestrebt ist, eine falsche Vorstellung von der Haltung und Gesinnung der Volksgruppe zu erwecken.

Ob der deutschen Volksgruppe durch Änderung des Wahlgesetzes die Möglichkeit geboten sein wird, eine eigene Wahlliste aufzustellen, steht noch völlig dahin. Allenfalls beinhalten jedoch die Forderungen der Volksgruppe, daß einer entsprechenden Zahl berufener Volksgruppenvertreter die Wahlwerbung ermöglicht wird. Auch bei der bevorstehenden Besetzung der noch freien Senatorensitze durch Ernennung rechnet die Volksgruppe mit einer Berücksichtigung ihrer Vertreter*). Auf die Schwierigkeit, die im Hinblick auf eine Wahlwerbung zugunsten der Regierungsliste der Südslawisch-Radikalen Gemeinschaft bestehen würde, weist der „Volksruf" (im Leitaufsatz vom 20. Oktober d. J.) hin. Von den zahlreich und freimütig gegebenen Versprechungen der vergangenen Wahlzeit sei eigentlich nichts verwirklicht worden.

In der Tat harren die von den deutschen parlamentarischen Vertretern wiederholt — so zuletzt Ende Oktober — maßgebendenorts vorgetragenen Forderungen trotz des in Aussicht gestellten Entgegenkommens nach wie vor ihrer Erfüllung. Nicht nur steht die Abänderung der Grundverkehrsverordnung noch immer aus, sondern kann gemäß der „Verordnung mit Gesetzeskraft über Befestigungen und befestigte Räume" vom 7. September d. J. für den darin vorgesehenen Befestigungsgürtel jede Liegenschaftsübertragung auf Volksgruppenangehörige überhaupt untersagt werden. Diese Verordnung stellt die Volksgruppenangehörigen erstmalig formell als minderberechtigte und unter Ausnahmebestimmungen stehende Staatsangehörige den Ausländern gleich. (Der darauf bezügliche Artikel spricht von „fremden Staatsangehörigen oder unseren Staatsangehörigen fremder Volkszugehörigkeit".)

Als Folge der serbisch-kroatischen Verständigung und der dadurch allmählich eintretenden Befriedung der innerpolitischen Verhältnisse ist eine weitgehende Amnestie politischer Straftaten erlassen worden. Diese Amnestie erstreckt sich auch auf Angehörige der deutschen Volksgruppe, die im Laufe des vergangenen Sommers wegen Tragens weißer Strümpfe u. dgl. m. von den Ver-

*) Inzwischen ist Dr. Georg Graßl am 17. November zum Senator ernannt und eine zweite Ernennung bereits zugesagt worden. (Schriftltg.)

waltungsbehörden zu verschiedenen Geldstrafen (von 500 Dinar aufwärts) verurteilt worden sind. Die Zahl der durch diese Amnestie erfaßten Volksdeutschen beträgt nicht weniger als rund 2300.

Im Zusammenhang mit den in letzter Zeit verbreiteten erlogenen Behauptungen über eine angebliche Illoyalität der deutschen Volksgruppe und ihre Disziplinlosigkeit dem Staate gegenüber erklärte Ministerpräsident Zwetkowitsch, er und die Regierung seien von der völligen Haltlosigkeit dieser Gerüchte und Angebereien überzeugt. Zur planmäßigen Ausstreuung und Verbreitung solcher Gerüchte diente u. a. eine rege betriebene Flugzettelpropaganda. Durch gefälschte anonyme Flugzettel sollte vorgetäuscht werden, daß für deren Inhalt deutsche Kreise verantwortlich seien; in Wirklichkeit jedoch ließen Tendenz und Ausdrucksweise dieser Zettel ihre — jüdischen — Urheber deutlich erkennen, so daß die mit dieser Propaganda verbundene Absicht, zu provozieren und unter der deutschen Bevölkerung Verwirrung zu schaffen, alsbald gescheitert ist. In einem dieser Flugzettel sollte das Deutschtum in Südslawien der — verbotenen — Freiwilligenwerbung verdächtigt werden; in einem anderen werden die Deutschen aufgefordert, „dem Ruf des Führers zu folgen und heimzukehren ins Land der Väter". Dieser mit „Die Parteileitung" gezeichnete Flugzettel wurde in verschiedenen deutschen Siedlungen aus durchfahrenden Kraftwagen nachts auf die Straße geworfen.

Das großzügige und auf weite Sicht angelegte Rücksiedlungsprogramm des Führers sollte nicht nur von dunklen Elementen zu Spekulationszwecken mißbraucht werden, sondern wurde auch von einer Reihe südslawischer Presseorgane so ausgelegt, daß der Zweck der Stimmungsmache gegen die deutsche Volksgruppe darin nur allzu deutlich zum Ausdruck gelangte. Diese Mißdeutung stand im krassen Gegensatz zu dem der Umsiedlung zugrundeliegenden Befriedungsgedanken des Führers. Gegen die solcherart künstlich gezüchtete Auswanderungspropaganda setzten sich die deutschen Blätter in Südslawien einmütig zur Wehr. Durch eine im Neusatzer „Deutschen Volksblatt" (vom 2. November d. J.) veröffentlichte authentische Mitteilung, wonach die Frage der Umsiedlung der Deutschen in Südslawien in keiner Weise aktuell sei, ist einer weiteren Propaganda dieser Art nunmehr ein Riegel vorgeschoben worden.

Einen starken Widerhall in der deutschen Presse Südslawiens sowie in der südslawischen Presse überhaupt hat die Genehmigung der Satzungen des „Slowenischen Kulturvereines" in Kärnten, die einen weitgehenden Wirkungskreis vorsehen, gefunden. Etwa gleichzeitig konnte in Slowenien eine Reihe von Ortsgruppengründungen des Schwäbisch-Deutschen Kulturbundes erfolgen, und zwar in Saldenhofen, Hohenmauthen, Marburg sowie in Rothenberg (Serdica) und Brunndorf bei Marburg; auch haben insgesamt 16 Ortsgruppen in der Gottschee ihre Tätigkeit wieder aufgenommen. Die Gründungsversammlungen erfolgten allenthalben unter stärkster Anteilnahme der deutschen Bevölkerung und verliefen im Geiste der Einmütigkeit und in feierlicher Stimmung. Auf der Gründungsversammlung der Ortsgruppe Marburg ergriff als Abgesandter der Bundesleitung Senior Baron zu einer programmatischen Rede über Ziele und Aufgaben der kulturellen Arbeit der deutschen Volksgruppe das Wort. Unter Loyalität verstehe man deutscherseits die gegenseitige wertende Anerkennung zweier Ebenbürtiger. Die Haupttätigkeit der neugegründeten Ortsgruppe habe zu umfassen: Kultur, Soziales, Jugendarbeit und Wirtschaft. So wie die Behörde durch die Genehmigung der Kulturbund-

ortsgruppen — in Slowenien — zur Entgiftung der Atmosphäre beigetragen habe, so wolle das Deutschtum seinen Beitrag durch seine Treue leisten.

Anfang November d. J. fand in Neusatz die Hauptversammlung der deutschen Genossenschaftsverbände statt. Die für die beiden Jahre 1937 und 1938 erstatteten Berichte wiesen mit Ausnahme der Zentralgenossenschaft für Geflügelzucht und Eierverwertung „Avis" und des Verbandes deutscher Tierzuchtgenossenschaften des Königreiches Südslawien „Selektor" einen gesteigerten Geschäftsumfang, bei der Zentraldarlehenskasse auch einen Anstieg der Einlagen und Sparstockwirtschaft auf. Zum Präsidenten der Landwirtschaftlichen Zentraldarlehenskasse als Verbandes deutscher Kredit- und Wirtschaftsgenossenschaften wurde einstimmig Dr. Josef Trischler gewählt. Dr. Trischler ist nach Abschluß seiner Studien als Doktor der technischen Wissenschaften und Diplomlandwirt an der Privaten Deutschen Lehrerbildungsanstalt in Neu-Werbas tätig gewesen. Schon während seiner Studienzeit inmitten der Volkstumsarbeit stehend, hat er sich später der Mitarbeit an verschiedenen Volkstumseinrichtungen gewidmet und ist zum Beginn dieses Jahres Abgeordneter (für den Palankaer Wahlbezirk) geworden. Im landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen ist er seit langen Jahren insbesondere als Leiter der genossenschaftlichen Winterlehrgänge tätig.

Zur Frage der Namensschreibung hat das Oberste Verwaltungsgericht in Südslawien, der Staatsrat, eine Entscheidung gefällt, die geeignet ist, der bisher mißbräuchlich angewendeten phonetischen Schreibweise nichtslawischer Familiennamen Einhalt zu gebieten und die deutsche Namensschreibung zu gewährleisten. In dieser Entscheidung (vom 17. April d. J. unter Zahl 31. 426/38) wird — im Gegensatz zu einer in der gleichen Sache gefällten Entscheidung des Unterrichtsministeriums — gesagt, daß die Schreibung fremder Personennamen nach der ursprünglichen Schreibweise erfolgen müsse. Die phonetische Schreibung dieser Namen sei wegen Mangels entsprechender Lautzeichen in der serbo-kroatischen Sprache unmöglich und sie könne daher bei Identitätsfeststellungen leicht zu Irrtümern Anlaß geben. — Demnach sind nichtslawische Familiennamen ausnahmslos in der ursprünglichen Schreibweise zu schreiben.

Rumänien

Anbahnung einer gerechten Behandlung der deutschen Volksgruppe, besonders in der Schulfrage — Deutsches Landestheater — Prinz-Eugen-Preis für den Maler Franz Ferch

Die im letzten Monatsbericht erwähnte Anbahnung einer gerechten Behandlung der deutschen Volksgruppe ist auch seither fortgesetzt worden. In erster Linie bezieht sie sich auf die Schule. Bis gegen Ende September haben 62 bessarabisch-deutsche Gemeinden die Regierungsgenehmigung für die Errichtung deutscher Schulen erhalten. Eine Anzahl weiterer Gemeinden hat ihre Gesuche um diese im Gesetz vorgeschriebene Genehmigung eingereicht. In vielen anderen Gemeinden der deutschen Siedlungsgebiete, wo Staatsschulen für Deutsche dem Namen nach bestanden, sind Maßnahmen getroffen, diese Schulen ihrem Zweck ernstlich zuzuführen, einmal indem die deutsche Unterrichtssprache, die allmählich abgebaut worden war, wieder eingeführt, und dann indem an diese nun wirklich deutschen Schulen auch deutsche Lehrer ernannt, bzw. wenn sie versetzt worden waren, wieder zurück-

versetzt werden. Dort, wo die deutsche Aufschrift an den Gebäuden konfessioneller Schulen verboten war, wurde dieses Verbot wieder aufgehoben. Im Buchenland wurde eine Reihe neuer staatlicher Volksschulen für Deutsche errichtet. Im Banat wurde eine Umschulung der Schulkinder an staatlichen Schulen in der Art vorgenommen, daß sie in rein nationale Sektionen eingeteilt wurden.

Die angekündigte Rückgabe von Schulgebäuden und Lehrerwohnungen an deutsche Gemeinden in Bessarabien, denen sie entzogen worden waren, obwohl sie in der Vergangenheit von Deutschen gebaut waren, hat begonnen. Allerdings ist diese Wiedergutmachung erst nur an einem Teil der fraglichen Gebäude vollzogen worden. Auch hat die Sache vorläufig noch ihre Haken. In der Regierungsurkunde ist von einer „Schenkung" die Rede; zur Begründung dieser befremdenden Ausdrucksweise wird gesagt, dies sei „die juristisch einzig mögliche Formel gewesen". Bedenklicher ist aber der Schlußsatz dieser „Schenkungsurkunde", die eine Zurücknahme der „Schenkung" ankündigt, falls Mitglieder der Gemeinde „gegen die Staatsinteressen verstoßende Handlungen begehen".

Zwischen der Regierung und der deutschen Volksgruppe besteht die rege Berührung fort. Mit dem nach der Ermordung Armand Calinescus ernannten Ministerpräsidenten Argetoianu wurde sofort die Verbindung aufgenommen. Unterstaatssekretär im Unterrichtsministerium, Baran, setzte seine Bereisungen fort und hatte Gelegenheit, sich an Ort und Stelle von der Berechtigung mannigfacher Beschwerden und Wünsche der Deutschen zu überzeugen. Ein erfreuliches Beispiel für das Entgegenkommen der Unterrichtsverwaltung ist die sofortige Zurücknahme einer Verfügung, die bei den Deutschen berechtigten Unwillen erregt hatte; sie bezog sich auf die Schaffung von sog. „Kulturzonen" in deutschen und madjarischen Gegenden, wobei die dort angestellten Lehrer bei höheren Gehältern besondere „Einwirkung" auf die „Minderheiten" vornehmen sollten. Die Verordnung wurde am 1. September ausgegeben und auf Einsprache der Deutschen Volksgemeinschaft schon am 21. desselben Monats zurückgezogen.

Ein Entgegenkommen positiver Art zeigt sich darin, daß fortan die deutsche Jugend in einer eigenen Organisation an der sog. „Wacht des Landes", einer Nachahmung der „Hitler-Jugend", teilnehmen wird.

In einer Frage, die seit Jahren bei den Volksgruppen viel Ärgernis erregt hat, beginnt die richtige Rechtsauffassung in rumänischen Regierungskreisen Platz zu greifen, in der Frage der Verwendung „rumänischen" Personals in Wirtschaftsbetrieben. Mit Bezug hierauf hat sich Arbeitsminister Ralea in einer Erklärung auf den einzig gesetzlichen Standpunkt gestellt, daß in dieser Beziehung der Begriff des „Rumänentums" staatsrechtlich, nicht ethnisch zu fassen sei.

Aus dem Kulturleben der Deutschen Rumäniens ist vor allem zu berichten, daß am 1. Oktober das Deutsche Landestheater seine Spielzeit 1939/40 begonnen hat. Die Einrichtung der Nachbarschaften hat sich seiner tatkräftig angenommen. Das Theater leidet — abgesehen davon, daß ihm das Kino auch hier schwere Konkurrenz macht — daran, daß die deutsche Volksgruppe Rumäniens zu klein ist, um eine genügende Anzahl berufstüchtiger Schauspieler hervorzubringen und auch soviel Zuschauer zu stellen, daß sich ein Theater davon erhalten kann. Ein deutsches Theater in Rumänien kann nur bestehen, wenn es von außen kommt und die Möglichkeit hat, die Spielzeit in Rumänien nur als einen Teil seiner Gesamtspielzeit zu verbringen. Dem steht aber das

rumänische Theatergesetz entgegen, das Ausländern nur kurze Gastspiele gewährt. Es müßte also die Aufhebung dieser Bestimmung angestrebt werden.

Die wirtschaftliche Organisation der Deutschen in Bessarabien, die vor einigen Jahren, vor allem gegen die früher alleinherrschende jüdische Geschäftswelt, begonnen wurde, schreitet erfolgreich fort. Die Handwerkervereinigungen werden von Ort zu Ort gegründet, und Anfang Oktober ist es endlich gelungen, die Regierungsgenehmigung für eine schon lange geplante Genossenschaftszentrale zu erlangen.

Der Banater deutsche Maler Franz Ferch hat von der Deutschen Goethe-Stiftung den Prinz-Eugen-Preis für 1939 erhalten. Der Preis wurde ihm Ende Oktober in Temeschburg überreicht.

Übersee

Vereinigte Staaten von Amerika

„Das Amerikadeutschtum von 1939 wird noch tragischer versagen als das von 1914" — Angstpsychose des Vereinsdeutschtums gegenüber der Deutschenhetze — Verdrängung der Deutschen aus ihren wirtschaftlichen Stellungen durch jüdische Umtriebe — Gerichtliche Verfolgung des Führers des Amerikadeutschen Volksbundes — Vom amerikadeutschen Schulwesen

Der Kriegsausbruch traf das Deutschtum der Vereinigten Staaten unvorbereitet, noch weniger vorbereitet als im Sommer 1914. Der auf Grund verschiedenartiger Einstellung zum Deutschen Reich innerhalb der deutschen Gesinnungsschichten herrschende Zwiespalt erlaubt keine Führung von national anerkanntem Ansehen, kein einheitliches, zielsicheres Programm und verhindert die Geschlossenheit der Reihen.

In einer von den Vereinigten deutschen Gesellschaften von Groß-Neuyork zum Zweck der Einigung des Deutschtums einberufenen Versammlung warnte der Vorsitzende: „Es ist der alten Generation von 1914 oft von den jüngeren Elementen vorgeworfen worden, daß es in der Zeit des Weltkrieges vor 25 Jahren versagt habe. Aber so wie es heute aussieht, wird das Deutschamerikanertum von 1939 noch viel tragischer versagen, wenn nicht endlich einmal etwas geschieht, um es aus seiner Schläfrigkeit aufzurütteln . . . In unserer gegenwärtigen Zersplitterung und Ohnmacht können wir gar nichts, rein gar nichts erreichen, darüber müssen wir uns klar sein . . . Im Groß-Neuyorker Deutschtum gibt es sieben bis acht Gruppen, die alle ihre eigenen weltanschaulichen Wege gehen. Es wird unmöglich sein, sie alle unter einen Hut zu bringen, aber wir müssen versuchen, wenigstens die Mehrzahl von ihnen in dieser Zeit der Selbsterhaltung dazuzubringen, Trennendes hintanzusetzen."

Dabei ist das Amerikadeutschtum von Feinden aller Art im Lande rings umgeben und seit dem November vorigen Jahres von einer Haßwelle bedrängt, die alles weit hinter sich läßt, was eine einzelne USA-Volksgruppe an Verleumdung und Niedertracht je über sich ergehen lassen mußte. Die „Cincinnatier Freie Presse", die zu den besonnensten Stimmen der amerikadeutschen öffentlichen Meinung zählt, hat diese verantwortungslose Hetze in ihrem Leitartikel zum Deutschen Tag gebrandmarkt: „Seit geraumer Zeit schon wiederholen sich die beklagenswerten Geschehnisse, die 1916 einzusetzen begannen und das Weltkriegsende überdauerten. Eine wüste Hetzpropaganda gegen alles, was sich offen zum Deutschtum bekennt, hat eingesetzt, die sich von Tag zu Tag mehr zum

schweren Schaden des Landes auswirkt ... Es ist eine der unerfreulichsten Erscheinungen der Gegenwart, daß unsere höchsten Regierungskreise der gemeinen Hetze gegen das Bürgertum deutscher Herkunft nicht nur keine Schranken ziehen, sondern sie auch nach Möglichkeit unterstützen."

Die Folge der über das ganze Land hin vor allem von der judenhörigen Presse geschürten Ausschreitungen in Wort und Tat ist eine weite deutsche Kreise lähmende Angstpsychose. Bei den Vorbereitungen zum Deutschen Tag in Philadelphia stießen die vom Deutschamerikanischen Zentralbund zum Besuch der einzuladenden Vereine ausgeschickten Vertreter vielfach auf eine ablehnende Haltung. Einer beklagte sich laut Bericht im „Philadelphia Herold" über Interesselosigkeit so mancher Vereine, hervorgerufen durch deren Furchtsamkeit. So viele hätten sich in die berühmten Mäuselöcher verkrochen. Dies habe er sowohl bei Gesangvereinen wie Wohltätigkeitsvereinen und Sportklubs feststellen können. Eine Frau, die von ähnlichen Enttäuschungen in Frauenvereinen zu erzählen wußte, betonte: „Am meisten hätten sie die Männer überrascht, die von deutschem Mannesmut wenig erkennen ließen."

Angstpsychose war es auch, die beim Deutschen Tag einer großen amerikanischen Stadt das Hakenkreuzbanner zuhinterst auf dem Festplatz zwischen Bäumen versteckt hielt. Anders beim Deutschen Tag zu Rochester im Staate Neuyork. Dort hing die Hakenkreuzflagge am Eingang neben dem Sternenbanner. „Warum das Hakenkreuz?", fragte der englische Festredner, ein amerikabürtiger ungarndeutscher Herkunft, der Stadtrat a. D. Julius Hoesterey, und beantwortete diese Frage mit der Erklärung: „Unsere Regierung erkennt die Volksregierung des Deutschen Reiches an. Können wir gegen etwas sein, was unsere eigene Regierung anerkennt?"

Um das Deutschtum am Lebensnerv zu treffen, suchen die jüdischen und englandfreundlichen Hintermänner der Deutschenhetze, so wie sie durch den Boykott deutscher Waren und deutscher Läden den Ruin des amerikadeutschen Geschäftsmannes betreiben, auch den deutschen Angestellten und Arbeiter aus seinen Stellen zu verdrängen. Die jüdische Geheimgesellschaft B'nai B'rith erkundet die Arbeitsstellen der Mitglieder deutschvölkischer Organisationen und erpreßt durch nicht mißzuverstehende Drohungen bei den betreffenden Firmen deren Entlassung. In zynischer Offenheit verkündet das „Jüdische Familienblatt" in Neuyork seine Machtmittel, seine Methoden und seine Ziele: „Wir sind hier eine Masse von mehr als drei Millionen Juden in einer einzigen Stadt, wir haben Anhang und Einfluß. Auch die Schicht der hier lebenden Juden, die vergessen hat, woher sie kam, muß mobilisiert werden zu dem einzigen Zwecke: Untergang dieser Verbrecher des Nazisystems! Es gibt Mittel und Wege, sie ohne Anwendung von Gewalt, aber trotzdem sicher zu vernichten und auszurotten."

Da die Amtsstellen der heutigen amerikanischen Bundesregierung vielfach mit Juden an maßgebenden Plätzen besetzt sind, so fällt es diesen nicht schwer, im Bunde mit ihren „christlichen" Gesinnungsgenossen auch von oben herab dem Wirtschaftsleben der Deutschen das Wasser abzugraben. Ein Reichsbürtiger wurde von einer Firma in Philadelphia, bei der er sich um eine Stelle beworben hatte, trotz seiner Befähigung für letztere abgelehnt mit der Begründung, er komme als Deutschbürtiger nicht in Frage, obwohl er die amerikanische Staatsangehörigkeit erworben habe, da die Firma ihre Angestellten beim Auswärtigen Amt in Washington anmelden müsse. „Als arischer Staatsbürger deutscher Geburt werde ich also zum Bürger zweiten Ranges gestempelt und als solcher

behandelt. Ich wollte nur — schreibt der Betreffende in der Zeitschrift „Social Justice" — die Öffentlichkeit auf einen ausgesprochenen Fall von zweierlei Maß, das immer abgeleugnet wird, hinweisen und zeigen, wie die gerühmte Gleichheit und Toleranz in Wirklichkeit in unserer großen Demokratie gehandhabt werden."

Auf dem Volksfest der Reichsdeutschen Vereinigung von Groß-Neuyork regte der Washingtoner Geschäftsträger, Botschaftsrat Dr. Thomsen, eine Hilfsaktion an für Reichsdeutsche, die aus ihren Stellungen entlassen wurden oder denen die Rückkehr in die Heimat abgeschnitten ist.

Die einzige größere Organisation, die unentwegt aufs Ganze gehend die jüdisch-freimaurerischen Deutschenhetzer und deren Helfershelfer in maßgebenden Kreisen Woche für Woche in ihren Veröffentlichungen und Versammlungen beim richtigen Namen nannte und nennt, ist der Amerikadeutsche Volksbund. Ihm und seinem Bundesführer, Fritz Kuhn, galt der geballte Haß der Deutschtumsfeinde. Es gelang ihnen mit zweifelhaften Schlichen, Kuhn vors Gericht zu zerren und wegen angeblicher Unterschlagung von Vereinsgeldern durch einen judenhörigen Richter eine längere Freiheitsstrafe über ihn zu verhängen. Schon lange vor der Verhandlung verhöhnte die Neuyorker Zeitung „News and Telegram" das Verfahren in nicht mißzuverstehender Ironie: „Ich weiß, daß es in Neuyork eine ganze Menge Burschen gibt, die es sich zur Ehre anrechnen werden, die Bücher des Volksbundes ein wenig zu fälschen. Darum wird es kommen, wie es kommen muß. Kuhn erhält eine Zuchthausstrafe auf die Beschuldigung hin, sein eigenes Geld gestohlen zu haben, und Dewey ist auf dem Wege, vier Jahre lang das Weiße Haus in Washington zu beziehen." (Dem Neuyorker Oberstaatsanwalt Dewey wird allgemein nachgesagt, durch sein Vorgehen gegen Kuhn suche er sich die Unterstützung der politisch einflußreichen jüdischen Kreise bei seiner Bewerbung um das Präsidentenamt zu sichern.)

Die deutschamerikanische Presse hat keinen leichten Stand in diesen Krisenzeiten, wo sie zwischen den Bedürfnissen ihrer gefühlsmäßig an dem deutschen Vaterland hängenden Leserwelt und dem Druck ihrer großen jüdischen Anzeigenauftraggeber sich hindurchwinden muß. Am deutlichsten wird diese zwiespältige Haltung in der „Neuyorker Staatszeitung" sichtbar, die zudem mit einer zahlreichen jüdischen Emigrantenleserschaft zu rechnen hat. Die „Chicagoer Abendpost" muß es sich gefallen lassen, daß viele Zuschriften ihrer Leser die Instinktlosigkeit des Blattes festnageln, das seinen Abnehmern deutschfeindliche Greuelmärchen, Anzeigen der Cohnschen Hitler-Biographie u. dgl. aufzutischen wagt. Die sonst zu den rückgratfesteren Organen zählende „Cincinnatier Freie Presse" veröffentlicht in ihrer Festausgabe zum Deutschen Tag zwei von jüdischen Schreibern verfaßte englischsprachige und projüdische Artikel. (Da möchte man gerne wissen, welcher Briefwechsel oder welches Ferngespräch dieser Geschmacklosigkeit vorausgegangen ist). Am leichtesten hat es eine gewisse Kleinpresse, die, wie die „Eintracht", das Wochenblatt der Österreicher und Deutschungarn in Nordamerika, kurz und bündig erklärt: „Die „Eintracht" ist und bleibt eine Vereinszeitung und ist als solche an Politik nicht interessiert, denn Politik ist nach jeder Hinsicht schmutzig und hat in Vereinen keinen Platz."

Einen Rückblick auf die im Spätsommer abgelaufene Tagungsperiode des amerikanischen Parlaments faßt der Leiter des „Fremdsprachlichen Informationsdienstes" dahin zusammen, daß im gegenwärtigen Kongreß eine ausgesprochene einwandererfeindliche Stimmung herrsche. Unter den Gesetzesvorlagen, die im Unterhaus angenommen wurden und dem Senat zur

Beratung vorliegen, befindet sich eine, die Deportation von Nichtbürgern anordnet, die Spionage oder Sabotage zugunsten eines Fremdstaates betreiben; eine andere, die Nichtbürger von der Beschäftigung bei Notstandsarbeiten ausschließt, eine dritte, die Registrierung und Fingerabdrucke aller Ausländer fordert. Eine weitere Vorlage sieht für ausländische Verbrecher, politisch Radikale u. dgl., deren Zulassung seitens ihrer Heimatstaaten abgelehnt wird, mit schwerer Arbeit verbundene Haft vor, — also Konzentrationslager nach europäischem Vorbild. Eine andere Bill verhängt schwere Strafen über Agitation, die auf „Umsturz" der Regierung abzielt; mit letzterem Gesetz sollen natürlich in erster Linie „faschistische" Bewegungen getroffen werden.

Wie das Bundesparlament so stehen auch die Abgeordneten einzelner Teilstaaten unter dem Druck der einwandererfeindlichen Strömungen. Die pennsylvanische Legislatur hat eine von dem Staatssenator James Geltz eingebrachte Vorlage angenommen, die jeden über 18 Jahre alten Nichtbürger verpflichtet, bis zum 1. Januar 1940 sich registrieren zu lassen. Nur auf Grund einer Registrierkarte kann er als Arbeiter eingestellt werden, einen Führerschein erhalten usw. Firmen, die gegen das Gesetz verstoßen, setzen sich empfindlicher Strafe aus; ebenso Nichtbürger, die sich der Registrierung entziehen. In Kirchen, Schulen, Vereinslokalen usw. sind Registrierämter eingerichtet. Pennsylvanien zählt zur Zeit etwa 330 000 Nichtbürger, darunter viele Reichsdeutsche.

Mit dem Herbstbeginn haben auch die von Schulvereinen und anderen Organisationen unterhaltenen deutschen Sprachschulen, meist Samstagsschulen, ihre Tätigkeit wieder aufgenommen. In Groß-Neuyork beträgt ihre Zahl 22: 3 in Manhattan, 2 in Bronx, 8 in Brooklyn und 9 im Borough Queens. Man ersieht aus dieser Zusammensetzung, daß das Schwergewicht des Deutschtums sich nachgerade von der Halbinsel Manhattan weg nach Long Island hin verlagert hat. Von diesen Schulen werden 11 von der Steubengesellschaft, 6 vom deutschen Schulverein Queens-Nassau, 1 (in der Neuyorker Turnhalle mit täglichen Klassen) vom Manhattaner Schulverein und 4 von Kirchengemeinden unterhalten.

Der aus Universitätsprofessoren zusammengesetzte pädagogische Ausschuß für die deutschen Sprachschulen Chicagos hat in deren Lehrplan als zweites Hauptfach die Geschichte des Deutschtums in USA. aufgenommen. Zu diesem Zweck will der Ausschuß ein Lehrbuch der amerikadeutschen Geschichte herausgeben. Die vom Orden der Hermannssöhne in Texas finanzierten 12 deutschen Sommerschulen mit 6—8 Wochen Unterricht waren von 685 Schülern besucht. Im einzelnen verteilten sich letztere auf folgende Orte: Neu-Braunfels (223 Schüler), San Antonio (90), Friedrichsburg (61), Austin (40), Cherry Springs (34), Richland (31), Priddy (30), Dallas (29), Uhland (28), Thorndale (15), Creedmore (11), Sandy Hill (11).

Auf der in Omaha abgehaltenen 12. Jahresversammlung des deutschamerikanischen Bürgerbundes von Nebraska legte der Schulausschuß einen ausführlichen Bericht vor, dem zufolge es trotz der ungünstigen Wirtschaftslage (seit sieben Jahren Fehlernten) in den meisten Fällen gelungen ist, die erzielten Fortschritte zu behaupten. In den zehn Jahren, seit der Staatsverband sich stärker um Wiedereinführung des deutschen Unterrichts bemüht, nahm der Deutschunterricht in den Mittelschulen um 300 v. H. zu (1928/29 512, 1938/39 2029 Deutschlernende) und ist damit in der Reihenfolge der im Staate gelehrten Fremdsprachen an die 2. Stelle getreten. Nebraska gilt als der einzige Staat, in dem das Deutsche unter den Neusprachen im höheren Schulunterricht an der Spitze steht. Deutsch-

unterricht wird in 40 Mittelschulen erteilt, und zwar in 33 öffentlichen und 7 kirchlichen Privatanstalten. Die 4 Universitäten und 15 Colleges führen sämtlich das Deutsche unter ihren Lehrfächern. Die deutschen Abteilungen der Universitäten zählen 836 Studenten (die Staatsuniversität in Lincoln mit 560 an der Spitze), die Colleges 771. Die Deutschlehrer legen in ihren Klassen die führende deutsche Zeitung, die „Omaha Tribüne", auf. Der Bürgerbund liefert ihnen weitere Lehrmittel. Angesichts der politischen Lage glaubt der Schulausschuß in der Zukunft mit Rückschlägen rechnen zu müssen. In der Stadt Omaha erteilen 4 deutsche Sprachschulen an 3 Abenden kostenfreien Unterricht.

William J. Schneider, Hilfspolizeianwalt der Stadt Cleveland und Gründer der Siebenbürgisch-sächsischen Jugendorganisation von USA., wurde am 22. September durch ein Bankett im Westseite Sachsenheim zu Cleveland gefeiert. Der Bürgermeister und andere höhere städtische Beamte zollten in ihren Ansprachen den Verdiensten Schneiders ihre Anerkennung. Kongreßabgeordneter G. H. Bender, republikanischer Führer der Stadt, feierte ihn als politischen Führer des Clevelander Deutschtums. — Der frühere Handels- und Arbeitsminister Charles Nagel feierte am 9. August seinen 90. Geburtstag. — Am 27. Oktober starb zu Philipse Manor bei Neuyork Rudolf Cronau, Verfasser des Werkes „Drei Jahrhunderte deutschen Lebens in Amerika" (1909, 2. Aufl. 1924) und vor einem halben Jahrhundert amerikanischer Berichterstatter der „Gartenlaube" und der „Kölnischen Zeitung".

Südliches Afrika

Lage der Deutschen in den Mandatsgebieten — Haltung der Eingeborenen in Deutsch-Ostafrika — Maßnahmen gegen die Deutschen in Südafrika

Dem Kenner der politischen und nationalen Verhältnisse in den alten deutschen Kolonien und in der Südafrikanischen Union kamen die Auswirkungen, die die englische Kriegserklärung auf diese Gebiete hatte, keineswegs überraschend. Die deutsche Kolonialfrage, die jahrelang in den Beziehungen zwischen Deutschland und England eine periphere Rolle gespielt hatte, war im Verlauf des letzten Jahres immer stärker zu einem zentralen Objekt der beiderseitigen Beratungen und Verhandlungen geworden, so daß ein zwischen beiden Ländern eintretender Kriegsfall zwangsläufig sich auch auf diese umstrittenen Kolonialgebiete auswirken mußte; es war vorauszusehen, daß die Deutschen in den unter englischer und französischer Mandatsverwaltung stehenden Kolonien als Angehörige des Feindlandes angesehen und dementsprechend behandelt werden würden.

Nach Meldungen der Berliner, Bremer und Baseler Mission wurden alle Reichsdeutschen an der Goldküste unmittelbar nach Kriegsausbruch interniert. Im britischen Mandatsgebiet von Togo wurden sogar deutsche Frauen — vier Schwestern der Berliner Mission — dem Internierungslager zugeführt! — 61 deutschen Männern aus dem britisch verwalteten Teile von Kamerun gelang es, noch vor Kriegsbeginn im Segelboot nach der spanischen Insel Fernando Po zu entkommen, wo sie in einem Landlager gut untergebracht wurden. Die zurückgebliebenen Deutschen wurden gegen Ehrenwort in Freiheit belassen und arbeiten weiter auf ihren Pflanzungen, die aber von einem englischen Treuhänder übernommen wurden und von diesem verwaltet werden. — Im französisch verwalteten Kamerun sollen alle Deutschen in einem Sammellager in Jaunde interniert und ihr Eigentum beschlagnahmt worden sein. — In

Deutsch-Ostafrika konnte sich auch ein Teil der deutschen Männer der englischen Internierung entziehen. Etwa 50 von ihnen haben sich durch den Busch nach Portugiesisch-Ostafrika durchgeschlagen, einige andere konnten mit einem italienischen Dampfer das italienische Hoheitsgebiet von Somaliland erreichen. Von der zurückgebliebenen deutschen Bevölkerung werden nicht nur die wehrfähigen, sondern schlechtweg alle Männer in Internierungslagern festgehalten. Die bisher bekannten Internierungsplätze sind: Tanga, Aruscha und in Moschi das Fabrikgebäude von Bueb. Im Lager von Tanga befinden sich etwa 200 Deutsche, die bereits wie im letzten Weltkrieg Arbeits- und Sportkurse eingerichtet haben. Frauen und Kinder sind nicht interniert. Sie sind meistens zu mehreren in größere deutsche Häuser auf den Pflanzungen und in den Städten zusammengezogen. Im Tangalager dürfen sie ihre Männer dreimal wöchentlich für je zehn Minuten besuchen. Die deutschen Geschäfte wurden von der britischen Mandatsregierung geschlossen, die deutschen Pflanzungen unter die Kontrolle eines "Custodian of Enemy Property" gestellt, der sie an benachbarte englische, griechische oder indische Pflanzer zur Bewirtschaftung weitergegeben hat. Die Einnahmen aus den Pflanzungen sind für Deutsche gesperrt. Die englische Regierung zahlt den deutschen Frauen 5 bis 6 sh., den Kindern 3 sh. täglich aus.

In den Meldungen aus Deutsch-Ostafrika wird das anhängliche und hilfsbereite Verhalten der Eingeborenen den Deutschen gegenüber hervorgehoben. Das ist um so bemerkenswerter, als England auch jetzt wieder, wie schon 1914, die Eingeborenen in den Kampf der Europäer mit hineinzuziehen versucht. In der Suaheli-Zeitung Deutsch-Ostafrikas wird von englischer Seite seit etwa einem Jahr eine Hetzpropaganda gegen Deutschland getrieben, die man nur als einen Verrat an der Sache der weißen Rasse in Afrika bezeichnen kann. Daß England seine Auswirkungen am eigenen Leibe würde zu spüren bekommen, damit hatte es freilich wohl kaum gerechnet: Lohnstreitigkeiten der Eingeborenen führten in Tanga am 9. August zu ernsten Unruhen. Hunderte von Eingeborenen zogen mit Speeren und Kirris vor das englische Regierungsgebäude und zum Hafen. Unterwegs wurde jeder Europäer festgehalten. Erwies er sich als Deutscher, wurde er freigelassen, alle anderen wurden belästigt und sogar geschlagen. Ein England beschämender Beweis für die Erfolglosigkeit seiner seit dem Weltkriege immer wieder unternommenen Versuche, bei der eingeborenen Bevölkerung der deutschen Kolonien die Gefühle der Anhänglichkeit und Achtung für die Deutschen zu untergraben! Die Engländer zeigten sich den Unruhen in Tanga durchaus nicht gewachsen. Erst nach kriegsmäßigem Einsatz von über 300 Polizeiaskaris aus Daressalam und Moschi mit Maschinengewehren und bewaffnetem Vorgehen der vereinigten Europäer konnten Ruhe und Ordnung am dritten Tage wiederhergestellt werden. In seinem blindwütigen Haß gegen Deutschland aber übersieht England alle Gefahren- und Warnungszeichen, die die Vereinigung und gegenseitige Unterstützung aller weißen Nationen zur Erhaltung der weißen Rasse im afrikanischen Erdteil als dringlich geboten erscheinen lassen. Schwarze Truppen an der Westfront, Internierungslager für weiße Menschen im schwarzen Erdteil, englische Hetze gegen Deutschland in der Eingeborenenpresse — fürwahr, unsere Feinde haben an rassepolitischen Erkenntnissen nichts dazugelernt!

Und wie ist die Lage in Deutsch-Südwestafrika und im Zusammenhang damit in der Südafrikanischen Union? — Auch dort keine Überraschungen, denn der Abbruch der diplomatischen Beziehungen Südafrikas und der unter südafrikanischer Mandatsverwaltung stehenden Kolonie Südwestafrika zu Deutschland

war ebenso vorauszusehen wie die daraus sich ergebende Aufspaltung Südafrikas in ein englandhöriges und ein nationales burisches Lager. Alle seit dem Münchener Abkommen in Südwest- und Südafrika gegen Deutsche ergriffenen Maßnahmen waren eine von England inszenierte, systematisch betriebene Vorbereitung für die Kriegsteilnahme Südafrikas an Englands Seite bei Ausbruch eines europäischen Konflikts. Dazu gehören:

1. Die von der jüdisch-britischen Presse, jüdischen Kinos, jüdischen Volksrednern und sogar Parlamentsabgeordneten seit Sommer 1938, seit Beginn unserer Auseinandersetzung mit der ehemaligen Tschechei, verstärkt entfaltete Hetzpropaganda gegen Deutschland und seinen Führer. Es war durchaus kein Einzelfall, daß der Abgeordnete Kentridge in einer Versammlung in Johannesburg Deutschland als Bedrohung und Gefahr für die Union hinstellte. Immer wieder wurde dem südafrikanischen Volke vorgelogen, daß Deutschland in seinem unersättlichen Imperialismus nicht allein Südwestafrika zurückhaben wolle, sondern darüber hinaus die Union überfallen und zu seinem „Vasallenstaat" machen wolle. Es gelang, Teile des südafrikanischen Volkes in eine Angstpsychose hineinzutreiben und im Parlament die Genehmigung zu allerlei gegen Deutschland und gegen das deutsche Element in Südwestafrika gereichtete Maßnahmen durchzudrücken.

2. Die für Südwest verschärfte deutsche Einwanderungssperre.

3. Die Abänderung des Südwester Siedlungsgesetzes, wonach Farmland nicht mehr von nur Reichsdeutschen, sondern nur noch von "British Subjects" erworben werden darf — Verordnungen, die beide gegen das Londoner Mandatsabkommen verstoßen.

4. Der Beschluß zur Einführung des Frauenwahlrechts in Südwestafrika, was eine weitere politische Ausschaltung der Deutschen bedeutet, da die jüngeren ledigen Frauen Südwests in der Mehrzahl Südafrikanerinnen sind.

5. Die im April 1939 aus der Union nach Südwest durch den damaligen Justiz- und jetzigen Erstminister Smuts erfolgte Entsendung einer mit Maschinengewehren, Panzer- und Nachrichtenwagen, Scheinwerfergeräten und anderen kriegsmäßigen Ausrüstungsgegenständen bewaffneten Polizeitruppe in Stärke von 300 Mann, — die von der Administration Südwests vorgesehenen Maßnahmen der Aufstellung „aktiver Bürgerwehr-Regimenter" und „Kommandos" mit militärischer Unterstützung durch das Wehrministerium der Südafrikanischen Union und der Errichtung einer Küstenverteidigungsbatterie von 23,4 cm-Geschützen im Hafenort Walfischbucht.

6. Die wieder von Smuts in Szene gesetzte Abtrennung des zu Deutsch-Südwestafrika gehörenden Caprivi-Zipfels vom Mandatsgebiet und seine unmittelbare Unterstellung unter die Regierung der Südafrikanischen Union mit der reichlich durchsichtigen Begründung von der Notwendigkeit der Übernahme aus „verwaltungstechnischen Gründen", ein Annexionsmanöver, das die Unionsregierung im Jahre 1922 schon einmal versucht hatte, mit dem kläglichen Erfolg, daß sogar die Genfer Mandatskommission, der man doch wirklich keine besonders freundlichen Gefühle für die deutschen Kolonien nachsagen kann, diesen verschleierten Landraub als mandatswidrig erklärte und Südafrika im Jahre 1929 den Caprivi-Zipfel an Südwest zurückgeben mußte

England hat durch den gewaltsamen Druck, den es durch Smuts auf Südafrika ausüben läßt, die zwischen burischem Nationalismus und britischem Imperialismus von jeher bestehenden, tief verwurzelten Gegensätze, die zeitweilig unter der Oberfläche schlummerten, mit aller Schärfe aufgerissen und in der Union

eine innere Entwicklung ausgelöst, die zu einer Umgruppierung der politischen Parteien geführt hat. Ein neuer nationaler Hertzog-Malan-Block würde etwa zwei Drittel der gesamten weißen Unionsbevölkerung umfassen. Auf Grund dieser Vertrauensbeweise hat General Hertzog den Kampf um die südafrikanische Neutralität gegen die jetzige Kriegsregierung aufgenommen. Das burische Volk hat klar erkannt, daß Großbritannien hinter der gewaltsamen Unterdrückung seines Neutralitätswillens steht, und so scheint sich die Neutralitätsbewegung auszuwachsen zu der Forderung der Loslösung Südafrikas vom britischen Empire. Allüberall in der Union finden Kundgebungen statt, die unter der Parole stehen „Los von England!".

Die starke Opposition der Buren gegen die Smuts-Regierung und ihre Forderung auf Abschluß eines Sonderfriedens mit Deutschland scheint der Grund dafür zu sein, daß es den Deutschen in der Südafrikanischen Union und dem ihm unterstellten Mandatsland Südwestafrika verhältnismäßig besser geht als der deutschen Bevölkerung in den übrigen afrikanischen Feindgebieten. Bisher ist weder eine Beschlagnahme deutschen Eigentums, noch eine allgemeine Internierung erfolgt. Im Internierungslager Baviaanspoort bei Pretoria werden rund 150 angeblicher „Nazipropaganda" bezichtigte Deutsche festgehalten, ohne Unterschied, ob sie durch Naturalisation britische Untertanen geworden oder Reichsdeutsche geblieben sind. In Südwestafrika sind etwa 100 deutsche Männer im alten Funkgebäude in Windhuk interniert. Auch dort ist die britische Naturalisation nicht anerkannt worden; unter den Internierten befinden sich beispielsweise auch die naturalisierten Deutschen Farmer Dressel, Führer des Deutschen Bundes, und Rechtsanwalt Hirsekorn, sein Stellvertreter. Die Internierten haben nach ihren eigenen Angaben sowohl in Pretoria als auch in Windhuk keinen Grund zu Klagen. Sie dürfen Besuch empfangen und haben Gelegenheit zur Ausübung von Sport und Musik. In Südwest mußten alle Deutschen ihre Feuerwaffen abliefern.

Es ergibt sich also aus allem, daß die Verhältnisse in den verschiedenen aufgeführten Gebieten des südafrikanischen Erdteiles durchaus keine einheitlich gegen Deutschland ausgerichtete Einstellung zeigen.

Unsere Toten

Albert Breyer

In einem Warschauer Militärlazarett erlag am 11. September Albert Breyer, der stets in vorderster Front um das Heimatrecht der Deutschen in Polen gekämpft hat, den Verletzungen, die er durch eine Fliegerbombe in der Nähe von Warschau erlitten hatte.

Geboren am 2. Januar 1889 in Zyrardow, einer Industriestadt in der Nähe von Warschau, stammte Albert Breyer aus einer deutschen Kolonistenfamilie. Als Lehrer und Forscher hat er sein Leben ganz in den Dienst des Deutschtums in Mittelpolen gestellt. Nach einer mehrjährigen Tätigkeit als Erdkunde- und Biologielehrer an dem ehemaligen deutschen Gymnasium in Zgierz, wirkte er seit 1926 über ein Jahrzehnt in Sompolno, zunächst an dem damals dort bestehenden deutschen Progymnasium. Dieses mußte 1934 unter dem Druck der polnischen Behörde in eine private deutsche Volksschule umgestaltet werden, deren Leiter Breyer wurde. Innerhalb einer von ihm gebildeten „Heimatkundlichen Arbeitsgemeinschaft" und bei gemeinsamen Wanderungen erfuhren seine Schüler von dem Werden, Wachsen und der Leistung ihrer Volksgruppe. Wie er selbst, sollten auch sie in der Heimaterde und im deutschen Volkstum fest verwurzelt bleiben. Dieselbe unbegrenzte Liebe zu Heimat und Volkstum, wie sie insbesondere in seinen Arbeiten „Deutsche Gaue in Mittelpolen" und „Zur Geschichte von Sompolno und Umgebung" sichtbar wird, spricht aus

den zahlreichen Aufsätzen, die in Zeitungen, Zeitschriften und Kalendern von ihm veröffentlicht wurden. Um weiteres von seinem reichhaltigen, siedlungsgeschichtlich außerordentlich wertvollen Material, das er in zwanzig Jahren in Archiven und auf Forschungsreisen erarbeitet hatte, zum Drucke vorzubereiten, kam er Anfang dieses Jahres nach Posen, nachdem ihm, dem von Renegaten in Sompolno Verdächtigten, die polnischen Behörden die Lehrerlaubnis entzogen hatten. In der Stunde der Befreiung seiner Volksgruppe mußte er, obgleich man ihm zuvor polnischerseits das Loyalitätszeugnis verweigert hatte, dennoch zum Kampfe gegen die deutschen Truppen antreten. Man wollte ihn zwingen, auf Deutsche zu schießen — — sein Wunsch, in einem solchen Augenblick durch die erste deutsche Kugel zu fallen, ging in Erfüllung. Seine Wirkungsstätten aber gehören heute zum Deutschen Reich.

Albert Breyer war der deutsche Heimat- und Siedlungsforscher Mittelpolens. Für seine hervorragenden Verdienste ist ihm vor zwei Jahren vom Deutschen Ausland-Institut die Silberne Plakette verliehen worden. Vom Standpunkt des Siedlungsgeographen aus hat er die Geschichte des Deutschtums in Mittelpolen erforscht. Als erster hat er die einzelnen natürlichen Landschaften Mittelpolens als getrennte Siedlungsräume erkannt, voneinander abgehoben und ihre durch den deutschen Menschen erfolgte Umwandlung in Kulturlandschaften dargestellt, wobei auf die Erforschung der Herkunftsgebiete der deutschen Siedler besonderer Wert gelegt wurde. So sind wir durch Breyer nicht allein bis ins einzelne über den Gang der deutschen Besiedlung Mittelpolens, über die räumliche Verteilung und Herkunft der Siedler unterrichtet; dadurch, daß Breyer die Geschichte der Besiedlung in Verbindung mit der Darstellung der natürlichen Landschaften des gesamten Raumes behandelt hat, haben wir gleichzeitig ein klares Bild von der Beschaffenheit des Bodens, der den deutschen Siedlern in den einzelnen Landschaften zur Verfügung stand, von ihren sich daraus ergebenden wirtschaftlichen Verhältnissen sowie von ihren ungeheuren kolonisatorischen Leistungen gewonnen. Breyers Arbeit „Deutsche Gaue in Mittelpolen" sowie seine Karte der deutschen Siedlungen Mittelpolens, durch die zum erstenmal alle deutschen Siedlungen in diesem Raume nebst ihren Kirchen und Schulen erfaßt werden, wobei zugleich die Stammeszugehörigkeit ihrer Bewohner deutlich gemacht wird, werden stets grundlegend bleiben für künftige Untersuchungen über die deutsche Bevölkerung zwischen Warthe und Weichsel.

Hans Hopf

Aus der volksdeutschen Arbeit

Das Deutsche Ausland-Institut hat in der zweiten Oktober-Hälfte eine 14tägige Filmfahrt nach den befreiten und teilweise auch nach den besetzten Gebieten des ehemaligen Polen durchgeführt, mit dem Ziel, den durch die letzten Ereignisse bedingten Wandel im volksdeutschen Leben dokumentarisch festzuhalten. Unser Bildbericht stellt eine kleine Auswahl der dort gemachten Aufnahmen dar.

In der ersten Dezemberwoche unternahm der Präsident des Deutschen Ausland-Instituts, Oberbürgermeister Dr. Strölin, eine Fahrt durch das ehemalige Polen, die über Posen, Lodsch, Warschau nach Lublin und Krakau führte. Der Aufenthalt des Oberbürgermeisters in diesen Gebieten diente vor allem der Unterrichtung über die Lage der Deutschen, sowie über alle Fragen der Umsiedlung und ihrer praktischen Durchführung. Der Oberbürgermeister war begleitet von seinem Referenten für auslandsdeutsche Angelegenheiten Stadtrat Dr. Könekamp.

Dr. Karl Kurt Klein, bisher Professor in Jassy (Rumänien), wurde zum ordentlichen Professor für deutsche Sprache und Literatur an der Universität Klausenburg berufen. Prof. Klein hat sich als Herausgeber der Siebenbürgischen Vierteljahresschrift einen Namen gemacht, vor allem als Forscher auf dem Gebiet der Siebenbürgischen Geistes- und Kulturgeschichte, der deutschrumänischen literarischen Beziehungen und nun über die Heimatlandschaft hinaus durch seine „Literaturgeschichte des Deutschtums im Ausland" (1939), ein erstmalig das gesamte volksdeutsche Schrifttum umfassendes inhaltsreiches Werk.

Seine Ernennung zum Professor der Hochschule in Klausenburg bedeutet nicht nur eine Anerkennung seiner persönlichen Fähigkeiten und Leistungen. Sie ist zugleich eine schöne Ehrung volksdeutscher Forscherarbeit überhaupt.

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Hermann Rüdiger, Stuttgart-S, Danziger Freiheit 17. Verantwortlich für die Anzeigen: Otto Röhm, Stuttgart-S. Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 10. Herausgeber: Deutsches Ausland-Institut, Stuttgart. Druck und Verlag: W. Kohlhammer, Stuttgart-S, Urbanstraße 12—16.
Zuschriften, welche die Schriftleitung betreffen, sind an diese zu richten, alle übrigen an den Verlag.

Soeben erschien die wohlfeile Neuausgabe des lange vergriffenen Standardwerkes

OSKAR SCHÜRER

PRAG

KULTUR / KUNST / GESCHICHTE

464 Seiten Text. 160 Kupfertiefdruck- und 8 Lichtdrucktafeln
Kartoniert RM. 8.—, Leinen RM. 9.50

*

Eine Stadt ist die Heldin dieses Buches, politischer und kultureller Brennpunkt auf der Grenze zweier Welten und Mittlerin zwischen Ost und West, aber auch alte deutsche Kaiserstadt und Kunstkammer Europas, das „Rom des Nordens", PRAG. Schürer gibt ein großartiges Gemälde dieser Stadt, das sich ausweitet zur Geschichte des ganzen Landes. Er führt uns von der fast sagenhaften Gründungszeit an durch die ereignis- und schicksalsreichen Jahrhunderte, durch die Zeit der Premysliden und die Weltstadt Karls IV., durch die Stadt der Hussitenkriege und der habsburgischen Gegenreformation, durch die hohe Blütezeit des Prager Barock bis in das Prag unserer Tage.

Aber nicht nur ein Jahrtausend bewegter Geschichte zieht an unsern Augen vorbei, wir erleben darüber hinaus das Geschick dieser so seltsam zauberhaften Stadt an ihrer Raumgestaltung, ihren Bauten und Gassen. Keine andere Stadt zeigt ihre Geschichte so deutlich am Stadtbild. — Schürer deutet an der äußeren Gestalt das Schicksal und beschwört an den Bauten die Gesichter der Zeiten herauf.

Geistige und seelische Strömungen zweier Völker werden in ihren Wurzeln aufgedeckt und das Tragische und zugleich Schöpferische jahrhundertelanger Auseinandersetzung mit Objektivität, einzigartiger Sachkenntnis und jener Anteilnahme geschildert, die einem umfassenden Wissen und einer noblen Haltung entspringen.

VERLAG RUDOLF M. ROHRER / BRÜNN / WIEN / LEIPZIG
VERLAG GEORG D. W. CALLWEY / MÜNCHEN

Die französische Auslandspropaganda

Ihre Grundlagen und Voraussetzungen

Von Matthias Schwabe

60 Seiten. Kartoniert RM. 2.60

Aufgenommen in die NS.-Bibliographie

„Die ganze Tragik des deutsch-französischen Problems erfährt in der hochstehenden und im besten Stil geschriebenen Schrift eine ebenso tiefgreifende wie tief ergreifende Darstellung. Die von innen her vorgenommene Prüfung der gesamten französischen Kulturpolitik läßt erkennen, wie außerordentlich dicht das französische Netz der Propagandaeinrichtungen ist, von denen die stille, aber zähe Gegenarbeit gegen alles ausgeht, was von deutschem Geist in der Welt beherrscht ist."

Deutsche Allgemeine Zeitung vom 11. 11. 1939

Geist der Zeit

Wesen und Gestalt der Völker

Hsgb. von Wilhelm Burmeister und Dr. Herbert Scurla

Organ des Deutschen Akademischen Austauschdienstes. Neue Folge von „Hochschule und Ausland". 17. Jahrgang 1939.

Groß-Oktav. Bezugspreis vierteljährlich (3 Hefte) RM. 3.—. Einzelheft RM. 1.25. Ein Jahrgang umfaßt etwa 960 Seiten.

Die Zeitschrift will der Pflege der zwischenstaatlichen Kulturbeziehungen dienen. Sie bietet einen umfassenden Überblick über die aktuellen Vorgänge des politischen, künstlerischen und wissenschaftlichen Lebens im In- und Auslande und sucht die verbindenden Linien zwischen beiden aufzuzeigen. So bedeutet sie ein wertvolles Mittel zur Erkenntnis der bewegenden geistigen Kräfte in der Welt.

Kurzbericht

Dokumente u. Berichte zur deutschen Zeitgeschichte

Herausgegeben im Auftrage des Deutschen Akademischen Austauschdienstes. Halbmonatsschrift. 7. Jahrgang 1939.

Quart. Bezugspreis für ein Jahr RM. 6.— zuzüglich Postgebühren. Einzelnummer RM. —.35. Ein Jahrgang umfaßt etwa 300 Seiten.

(Die Zeitschrift erscheint zu gleichem Preise und im selben Umfange auch in englischer Sprache unter dem Titel NEWS IN BRIEF. Reports and documents on Contemporary Germany.)

Der Kurzbericht verzeichnet chronikartig alle wichtigen politischen Ereignisse. Reden, Gesetze und Erlasse sind in den authentischen Texten wiedergegeben. Berichte über das Gesellschafts- und Wirtschaftsleben ergänzen dieses Material nach der kulturpolitischen Seite.

Herbert Stubenrauch Verlagsbuchhandlung, Berlin